

FreiRaum

Für eine Welt ohne Atomwaffen
Für die friedliche Nutzung des Weltraums

Nr. 3 / Dezember 2005
4. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

Schwerpunkt Weltraum
Weltraumsicherheit S. 2-4

Ziviler Ungehorsam
ZUGABe Tagung 2006 S. 5

Planung der GAAA für's
kommende Jahr
Tagung in Trier S. 6+7
Befehlsverweigerung
Positive Urteile S. 8+9

Abrüstungsappell S. 10

Jugendseiten
Europäisches Jugendnetzwerk
Mehr als die Gründung
eines Netzwerkes S.11
Fakten S. 12

Uranwaffen
DU und Kurdistan S. 13
Workshop in Genf S. 14

Bruce K. Gagnon -
Ein Porträt S. 15

Flucht ins Weltall statt Frieden auf Erden

Ohne die „Kolonialisierung“ anderer Planeten sei die Menschheit vom Aussterben bedroht, meint der britische Astrophysiker Stephen Hawking. Auf den Bedrohungen durch Atomwaffen, Bio- und Chemiewaffen, sowie dem Treibhauseffekt beruht seine Zukunftsprognose.

„Der 11. September war schrecklich, aber er gefährdete nicht das Überleben der Menschheit, wie Atomwaffen das tun“, verdeutlichte Hawking. Der fast vollständig gelähmte Wissenschaftler befürchtet, dass „entweder ein Unfall oder die Erderwärmung“ das Leben auf der Erde auslöschen. Die Menschheit könne nur überleben, wenn sie sich auf einem anderen Planeten ansiedle.

dabei nicht mit fernen Visionen, sondern greift die aktuellen Entwicklungen auf: die Raketenabwehr als Schritt zur Militarisierung des Weltraums, die umweltgefährdenden Weltraummissionen mit Atomenergie. Die NASA hat für bemannte Marsflüge wieder Pläne für eine nuklear angetriebene Rakete aus den Schubladen geholt. Protest und Widerstand dagegen sind nötig.

Bruce Gagnon, der Koordinator des Global Network ist kein grundsätzlicher Gegner der Raumfahrt. Er mahnt, „den Samen der Gewalt“ nicht in den Weltraum hinauszutragen. Und damit diese Vision Wirklichkeit wird, müssen wir unsere Phantasie und unsere Konfliktfähigkeit hier auf der Erde einsetzen, um Frieden und

Terraforming

Unter Führung des ehemaligen NASA-Mitarbeiters Robert Zubrin bereiten sich jetzt schon in der Marsgesellschaft Weltraumbegeisterte auf die Besiedlung des Mars vor. Sie haben in der Arktis und der Wüste „Mars-Habitats“ errichtet, um für das Leben auf dem Mars zu proben.

Zubrin hat einen Plan entworfen, mit unbemannten Sonden auf dem Mars zunächst ein Basislager zu errichten und ein Atomkraftwerk in Betrieb zu nehmen, bevor die Marskolonisten sich auf den Weg zum roten Planeten machen. Durch die Köpfe geistern Visionen, den Planeten durch Terraforming mittels genveränderter Organismen und FCKW erdähnlich zu machen.

Es sind keine exzentrischen Spinner, die an solchen Fiktionen arbeiten. Beim National Space Symposium in Colorado Springs war Zubrin Referent und begeisterte Politiker, Militärs und die Manager der Raumfahrtindustrie. Und auch das Büro der Vereinten Nationen für Weltraumangelegenheiten, OOSA (Office of Outer Space Affairs) fördert die Auseinandersetzung mit der Marsbesiedelung. Zur jährlichen Weltraumwoche der UNO schrieb es in diesem Jahr einen Schülerwettbewerb aus, das Modell einer Marsstation sollte gebaut werden.

Gleiches Ziel verschiedene Wege

Mit der Weltraumwoche soll jeweils Anfang Oktober zum Jahrestag des Sputnikstart, dem Beginn des Weltraumzeitalters, für die friedliche Nutzung des Weltraums gewonnen werden. Diese ist auch das Ziel des Global Network Against Weapons and Nuclear Power in Space. Zeitgleich ruft das Global Network zu einer weltweiten Aktionswoche auf. Das Global Network begnügt sich



Ausschnitt aus dem UN-Poster zur Weltraumwoche 2005:
Entdeckergeist und Vorstellungskraft

Gerechtigkeit zu schaffen, müssen wir Wissenschaft und Technik auf der Erde einsetzen, um der Umweltverschmutzung Einhalt zu gebieten. Dann werden wir die Erde nicht zerstören und müssen nicht auf den Mars auswandern. wsh ●



Gewaltfreie Aktion
Atomwaffen Abschaffen



Pressehütte.

Liebe FriedensfreundInnen, im Trägerkreis „Atomwaffen abschaffen - bei uns anfangen“ wurde beschlossen, eine zweijährige Öffentlichkeitskampagne zu starten. Das ist dringend nötig, denn die steigenden Atomkriegsgefahren werden nur unzureichend wahrgenommen. Wir wollen uns mit dem FreiRaum intensiv an der Kampagne „Abrüstung wagen! - atomwaffenfrei bis 2020“ beteiligen. Wir haben uns für das nächste Jahr folgende Ziele gesetzt:

1. Wir wollen Abonnentenzahl verdreifachen.

2. Wir wollen unseren Empfängerkreis ausweiten. Jugend, Bürgermeister, Politiker

Wir werden, wie in diesem Jahr schon begonnen, regelmäßig über die Jugendaktivitäten berichten. Wir wollen für die Mayors for Peace und die Parlamentarier einen regelmäßigen Newsletter schaffen, der mit dem FreiRaum erscheint. 2005 schon gespendet oder bezahlt?

Das alles wird Geld kosten und dabei klafft in unserem diesjährigen Jahresbudget noch eine Lücke von rund 900.000€. Bitte überprüfen Sie ob Sie Ihr Abo schon bezahlt oder schon für den FreiRaum gespendet haben. Wenn nicht, bitte holen Sie es nach. Wir werden kein aufwändiges Mahnwesen einrichten und niemand aus der Versandliste streichen. Aber die Kosten des FreiRaums müssen gedeckt werden.

Wir bieten den FreiRaum derzeit für einen Abopreis von 8,00€ an. Die Herstellungs- und Versandkosten belaufen sich dabei aber inzwischen auf 11,50€. Wir sollten daher den Abopreis erhöhen. Wir bitten alle, die es sich leisten können, um 15,00€, damit die, welche nur wenig zahlen können, den FreiRaum ebenfalls erhalten.

Paten-Abos

Um unsere Ziele zu erreichen und dabei nicht Pleite zu gehen brauchen wir Ihre tatkräftige Unterstützung. Wir betteln nicht einfach um Geld, um das Loch zu füllen. Wir wollen Ihre großzügigen Spenden umsetzen in Paten-Abos und so neue Empfänger erreichen. Schicken Sie uns Adressen von Jugendlichen und politischen Entscheidungsträgern ihrer Umgebung, denen wir den FreiRaum zusenden und übernehmen Sie für ein Jahr deren Abogebühren. Nutzen Sie die beiliegende FreiRaum-Werbung!

Die FreiRaum-Redaktion

Roland Blach,

Julia Kramer,

Marion Küpker,

Wolfgang Schlupp-Hauck

Wege zur friedlichen Nutzung des Weltraums

In einer Zeit, in der die Regierung der USA das Völkerrecht bricht, nach eigenem Gutdünken Kriege führt und ihren globalen Herrschaftsanspruch auf den Weltraum ausdehnt, mag es hoffnungslos sein, die Stärkung des Völkerrechts und die friedliche Nutzung des Weltraums zu fordern. Das Schwerpunktthema dieses FreiRaums tut es dennoch. Wir brauchen visionäre Konzepte, damit der Himmel nicht zur Hölle wird.

Weltraumsicherheit

Weil unsere Abhängigkeit von der Weltraumtechnologie gestiegen ist, sind auch berechtigte Bedenken über ihre Sicherheit angewachsen. Damit wurde eine wichtige Debatte über die Natur und die Richtung von Vorschriften und Regelungsmechanismen im Weltraum angestoßen.

Der Weltraum ist das einzige weltweite Gemeingut, das an jedes Land angrenzt. Weltraumtechnologie liefert in steigendem Umfang wichtige Dienste für Gesellschaften auf der ganzen Welt. Weltraumtechnologie unterstützt medizinische Systeme, Landwirtschaft, Wetter- und Katastrophenwarnungen, Such- und Rettungsdienste, Kommunikation, Handel und viele andere Funktionen. Zur gleichen Zeit ist der Weltraum eine einmalige zerbrechliche Umwelt mit Eigenschaften, die durch menschliche Aktivitäten dort möglicherweise langfristig verheerend wirken könnten.

Die Schwelle zur Stationierung von Waffen im Weltraum wurde bis jetzt noch nicht überschritten, aber die Grundlagen zu diesem Schritt wurden gelegt. Die Konsequenzen der Stationierung von Waffen im Weltraum, einschließlich des Anfalls von Weltraummüll im Orbit, könnten verheerend für die friedliche Nutzung des Weltraums sein. Die Frage, wie wir am besten unsere zivilen, wirtschaftlichen und militärischen Nutzungen des Weltraums in ein Gleichgewicht bringen, um seine Verfügbarkeit für die Zukunft zu sichern, ist eine wichtige und ungelöste Frage.

Die internationale Gemeinschaft hat sich schon lange mit Weltraumfragen beschäftigt, angefangen mit der Gründung des Komitees für die friedliche Nutzung des Weltraums (COPUOS) durch die UN Generalversammlung 1959. Heute beschäftigt sich eine Reihe von multilateralen Organisationen mit verschiedenen Aspekten der Weltraumdebatte: COPUOS in Wien hat zwei dauerhafte Unterkomitees, das Unterkomitee für Wissenschaft und Technik sowie das Unterkomitee für juristische Fragen. Auf der Tagesordnung der Abrüstungskonferenz in Genf steht seit 1982 ein Resolutionsentwurf ‚Die Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum‘ (PAROS). Son-

deraufgaben in Bezug auf die Verteilung von Umlaufbahnen und des Radiofrequenzspektrums für Satelliten werden von der Internationalen Telekommunikation Union verwaltet.

Regelungsbedarf wächst

Mit einer wachsenden Anzahl von Akteuren im Weltraum weiten sich die Verwaltungsaufgaben für die drei UN Organe immer mehr aus. Die Debatte über Waffen im Weltraum hat sich polarisiert und wird immer schwerer zu bewältigen. Die Debatte muss gemeinsam geführt werden. Zwischen COPUOS und PAROS muss es eine umfassende Herangehensweise für die ineinander verflochtenen Themen geben.

Der Begriff „Weltraumsicherheit“ wird in dem sich ausbreitenden Diskurs über die friedliche Nutzung des Weltraums immer häufiger verwendet. Dies zeigt sich in einer Reihe von neuen Veröffentlichungen, Konferenztiteln und Forschungsprojekten. Weltraumsicherheit kann definiert werden als sicherer und nachhaltiger Zugang zum Weltraum und seiner Nutzung und der Freiheit von Bedrohungen aus dem Weltraum. Die Schlüsselemente dieser Definition müssen sich orientieren an relevanten völkerrechtlichen Regelungen, Resolutionen der UN Generalversammlung, den Gesetzen für bewaffnete Konflikte so wie multilateralen Verträgen.

Das Konzept von „Weltraumsicherheit“ schafft klare Begriffe für die Debatte. Obwohl im Weltraumvertrag anerkannt wird, dass menschliche Aktivitäten im Weltraum ‚friedlichen Zwecken‘ dienen sollten, ist es nicht gelungen zu definieren, was eine ‚friedliche‘ Weltraumnutzung ausmacht.

Diese Definition von Weltraumsicherheit beruht auf der mit dem Völkerrecht übereinstimmenden Annahme, dass der Weltraum nicht der nationalen Landeshoheit unterliegt. Daher ist der sichere und nachhaltige Zugang zum Weltraum und seine Nutzung für alle Beteiligten ein kritischer Faktor bei der Weltraumsicherheit. Folgerichtig sollte der Weltraum kein Ort zur Stationierung von Waffen sein und kein Ort, um andere zu bedrohen.

Der Ausdruck ‚Weltraumsicherheit‘ setzt die Debatte auch in einen positiven Rahmen,

Global Network Against Weapons and Nuclear Power in Space

Kernenergie in der Raumfahrt
Weltraummissionen in das äußere Sonnensystem benötigen heute nukleare Energiequellen. Sowie der für nächstes Jahr geplante Pluto-Express. Die Verbesserung der Solarzellentechnik ermöglicht es inzwischen in größerer Sonnenferne Energie zu erzeugen. Neue technische Entwicklungen könnten zukünftig Ersatz für die gefährliche Nukleartechnik sein. Es besteht keine Notwendigkeit solche Projekte heute durchzuführen. Das Weltraumrecht sollte den Gebrauch von Kernenergie im Weltraum verbieten, um Bedrohungen für das Leben auf der Erde zu verhindern.



Foto: JPL/NASA

im Gegensatz zu der 'Nicht-Bewaffnung des Weltraums'. Er enthält ein Ziel, das angestrebt werden sollte und das auch erreicht werden kann. Um dieses Ziel zu erreichen, muss der Umfang der Debatte ausgedehnt werden auf alle Akteure: Militär, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Diese gilt es, in einen Dialog über Maßnahmen zur Förderung von Vertrauen und Weltraumsicherheit zu bringen.

Weltraumsicherheitsindex

Der Weltraumsicherheits-Index ist eine gemeinsame Initiative von zivilen Organisationen und Regierungsorganisationen. Er gibt eine jährliche Einschätzung des Standes der Weltraumsicherheit. Er bietet eine umfassende Sammlung an Einschätzungen von längerfristigen Trends und jährlichen Entwicklungen in Bezug auf acht Indikatoren für Weltraumsicherheit.

- **Weltraumumwelt**

Die Bedrohung von Raumschiffen durch Weltraumschrott wächst. Die jährliche Zuwachsrate nimmt ab.

- **Weltraumrecht, Weltraumpolitik und Weltraumdoktrinen**

Gute Zusammenarbeit im Rahmen von COPUOS. Die US-Weltraumdoktrin wird wegen der geplanten Stationierung von Weltraumwaffen kritisch bewertet. Bei der Abrüstungskonferenz keine Verhandlungsfortschritte.

- **Kommerzielle Raumfahrt**

Zivil-militärische Nutzung könnte zivile Satelliten zu Angriffszielen machen.

- **Weltraumunterstützung für irdische Militäroperationen**

Die wachsende Bedeutung von Weltraumsystemen für das Militär

verringert die Sicherheit. Die USA und Russland sind führend bei der Entwicklung von militärischen Weltraumsystemen, aber mehr Staaten entwickeln militärische Weltraumfähigkeiten.

- **Schutz von Weltraumsystemen**

Nicht nur Satelliten auch Bodenstationen sind durch Angriffe gefährdet.

- **Verhinderung des Weltraumzugangs**

Die Weltraumsicherheit wird durch Raketenabwehr und Inbetriebnahme eines Satellitenabwehrsystems vermindert.

- **Angriffswaffen im Weltraum.**

Die USA und UdSSR testeten Antisatellitenwaffen, aber es gibt noch keine aktuelle Stationierung im Weltraum. US-Forschungsprogramme im Rahmen der Raketenabwehr eröffnen Angriffsfähigkeiten und gefährden die Weltraumsicherheit.

Für weitere Informationen über dieses Projekt und für den Zugang zu der kompletten Online Version 'Weltraumsicherheit 2004', schauen Sie bitte auf: www.spacesecurity.org

Sarah Estabrooks, Projekt Pflugschar
Übersetzung Jenny Korz ●



Global Network Against Weapons and Nuclear Power in Space

Militarisierung des Weltraums

Immer mehr Militäraktionen sind mit dem Weltraum verknüpft: Kommunikation, Spionage, Navigation. Noch sind keine Waffen im Weltraum stationiert. Aber die US-A ir Force plant den Bau einer weltraumgestützten Laserwaffe und der ABM-Vertrag, der dies verboten hatte, wurde gekündigt. Das Weltraumrecht sollte die Stationierung von Waffen verbieten, damit der Weltraum für friedliche Zwecke genutzt wird.

Illustration: BMDO

Weltraumrecht

Die Diskussionen im Rahmen der UNO haben bisher zu fünf Verträgen und fünf Erklärungen geführt.

Verträge:

1966 Weltraumvertrag (Outer Space Treaty)

Die Erforschung des Weltraums erfolgt zum Wohl aller Länder. Die Stationierung von Massenvernichtungswaffen im Weltraum ist verboten. Himmelskörper gehören der gesamten Menschheit. Es gibt keine nationalen Eigentumsrechte.

1967 Rettungsvertrag (Rescue Agreement)

Es besteht eine Hilfsverpflichtung zur Rettung von Raumfahrern und zu Bergung von verunglückten Weltraummissionen

1971 Haftungsabkommen

(Liability Convention) Der Startstaat haftet für die Schäden aus einer Weltraummission.

1974 Registrierungsabkommen (Registration Convention)

Die UNO führt ein Register über alle gestarteten Weltraummissionen.

1979 Mondvertrag

Regelung der Nutzung des Mondes und anderer Himmelskörper. Diese dürfen ausschließlich zu friedlichen Zwecken genutzt werden.

Prinzipien

1963 Weltraumnutzung

Vorgänger des Weltraumvertrages

1982 Satellitenfernsehen

Jeder Staat hat das Recht Telekommunikationssatelliten zu starten. Die Empfängerländer sollen informiert werden. Kontroversen sind durch Verhandlungen auf Grundlage der UN-Charta zu lösen.

1986 Fernerkundung

Fernerkundung soll zum Wohl aller Staaten erfolgen, unter Beachtung von Souveränitäts- und Eigentumsrechten.

1992 Nutzung von Kernenergie im Weltraum

Der Einsatz von Kernenergie im Weltraum ist nur zulässig, wenn das Risiko der Freisetzung von radioaktiver Strahlung im Unglücksfall minimiert ist.

1996 Internationale Zusammenarbeit

Internationale Zusammenarbeit wird als bedeutend eingestuft. Sie soll vor allem den Bedürfnissen von Entwicklungsländern Rechnung tragen.

Friedensnobelpreis: Kritik und Kontroversen

Die Verleihung des Friedensnobelpreises an El-Baradei und die Internationale Atomenergie Organisation IAEO erfährt bei vielen Friedens- und Umweltgruppen ein zwiespältiges Echo.

„Eine Behörde, deren Ziel es ist, den Ausbau der Atomenergie weltweit zu beschleunigen und auszuweiten, trägt nicht zu einer friedlichen und gesunden Welt bei. Im Gegenteil. Hinter der friedlichen Nutzung der Atomenergie verbirgt sich immer die Möglichkeit zum Bau der Atombombe, wie das Beispiel Iran, Indien oder Pakistan zeigen.“ erklärte Ute Watermann, Sprecherin der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW). „Ganz zu schweigen von den gesundheitlichen Risiken der Atomenergienutzung.“

Zwar begrüßt sie das persönliche Engagement des IAEO-Chefs El-Baradei gegen die Invasion des Iraks und gegen einen möglichen militärischen Angriff auf den Iran. Aber seine Bemühungen im Kampf gegen die Ausbreitung von Atomwaffen würden durch die Verbreitung der Technologien zur so genannten friedlichen Nutzung der Atomenergie konterkariert.

Die Kritik wurde von den Medien aufgegriffen. Dies war dem IPPNW-Vorstand zu einseitig und er schob eine weitere Presseerklärung nach. Prof. Ulrich Gottstein und Prof. Horst-Eberhard Richter unterstreichen darin die bedeutende friedenspolitische Rolle El Baradeis: „Mit seiner couragierten Widerlegung der amerikanischen Legende von den vermeintlichen irakischen Verstecken von Massenvernichtungswaffen konnte er zwar nicht den dortigen Krieg, immerhin aber eine Gleichschaltung und Entmündigung des Sicherheitsrates verhindern.“

Der Nobelpreis stärke mit der IAEO eine der wichtigsten präventiven Institutionen der UN.

Die Kritik wird nur noch als Wunsch formuliert und nur auf die medizinischen Gefahren der friedlichen Kernenergienutzung reduziert. Die IAEO soll dieser „in Zukunft größere Bedeutung beimessen.“

Wir werden im nächsten FreiRaum die Kontroverse über die friedliche Nutzung der Atomenergie aufgreifen und die Frage stellen: „Hat die IAEO den Friedensnobelpreis verdient?“

wsh ●

Das dunkle Anfangskapitel der Weltraumfahrt

„Wir haben Raketen nicht erdacht und gebaut, um unseren Planeten mit ihnen zu zerstören, sondern um andere Planeten mit ihnen zu erreichen,“ behauptete Wernher von Braun und verleugnete seine Verstrickung in die Barbarei des Nationalsozialismus.

Er war Mitglied der SS. Hitler selbst ernannte ihn zum Professor und verlieh ihm das Ritterkreuz. Von Braun suchte selbst Häftlinge für das KZ Mittelbau-Dora aus. Dort wurden Raketen für den Krieg produziert. Die Häftlinge arbeiteten in unterirdischen Stollen, ohne hygienische Versorgung und unterernährt. Ein Drittel überlebte die „Vernichtung durch Arbeit“ nicht. Berge von Leichen, 20.000 Tote, hinterließ der Beginn des Raumfahrtzeitalters allein an diesem Ort.

Bild aus der Ausstellung „Macht den Himmel nicht zur Hölle“



Die deutschen Wissenschaftler bauten einen Vorläufer der heutigen Marschflugkörper (Cruise Missiles), die Flügelbombe Fieseler 103 und Raketen, von der Propaganda als Vergeltungswaffen bezeichnet mit den Kürzeln V1 und V2. Über 12.000 Menschen starben durch sie. 35.000 Häuser wurden zerstört.

Nach Kriegsende nutzten die Siegermächte in Washington und Moskau die deutschen Kenntnisse im Raketenbau. Die V2 wurde weiterentwickelt. Von Braun baute in den USA zunächst weiter an Raketen fürs Militär, bevor er die Mondrakete Saturn V entwickelte. Am 4. Oktober 1957 brachte die Sowjetunion den ersten Satelliten in den Weltraum, den Sputnik-1. Er war kaum größer als ein Ball. Seine Funksignale bestanden nur aus einem monotonen „Biep, biep“. Die USA waren geschockt, nicht durch den Sputnik selbst, sondern von der Trägerrakete, mit der die Sowjets den künstlichen Himmelskörper in die Erdumlaufbahn schossen. Sie zeigte, dass die UdSSR die USA von jedem Punkt der Erde aus mit Atomwaffen bedrohen konnte. Der atomare Rüstungswettlauf begann. wsh ●

Weltraumvertrag

Deutscher Diplomat entwirft neues Abkommen

Der KSW-Vertrag (Vertrag über Kooperative Sicherheit im Weltraum) soll die drohende Stationierung von Angriffswaffen im Weltraum verhindern und stattdessen kooperative und vorbeugende Rüstungskontrolle zur Geltung bringen. Der KWS-Vertrag würde außerdem die Nuklearmächte in die Lage versetzen, die Strategie der „gegenseitig garantieren Zerstörung“ durch das Konzept der „gegenseitig garantierten Sicherheit“ ersetzen.

Der Entwurf stammt von keinem verträumten politischen Amateur, sondern einem Diplomaten. Detlev Wolter ist politischer Botschaftsrat bei der deutschen UN-Vertretung in New York. Der KSW-Vertrag soll zukünftig gewährleisten, was mit dem Weltraumvertrag 1967 begonnen wurde: den Weltraum „im Interesse der „gesamten Menschheit“ ausschließlich für „friedliche Zwecke“ zu nutzen.

Der Vertragsentwurf umfasst folgende Hauptelemente:

1. Grundsätze der Kooperativen Sicherheit
 - Transparenz und Vertrauensbildung
 - Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit
 - Nichtverbreitung und Abrüstung
 - Präventive Rüstungskontrolle
2. Verbot der aktiven militärischen Nutzung zerstörerischer Art
3. Vernichtung bestehender Antisatelliten-Kapazitäten
4. Vertrauensbildende Maßnahmen
5. Schutzvereinbarungen für zivile Weltraumobjekte und für passive militärische Nutzung nicht zerstörerischer Art
6. Mechanismen zur Durchführungskontrolle

Wolter stellt fest: „Seit Beginn der Rüstungsfrage im Weltraum besteht hinsichtlich des geeigneten Verhandlungsgremiums in den Vereinten Nationen Streit, ob diese eher im COPUOS in Wien oder in den Abrüstungsgremien in Genf zu behandeln ist.“

Inzwischen hat die Frage der militärischen Nutzung weit reichende Bedeutung für die künftigen Nutzungen des Weltraums insgesamt



erlangt. Die Auswirkungen eines möglichen Übergangs zu aktiven zerstörerischen Nutzungsarten auf die Sicherheit ziviler, insbesondere auch kommerzieller Nutzungen wären beträchtlich. Vor allem aber macht die große Bedeutung eines solchen Übergangs für die internationale Sicherheit mit Auswirkungen auf die Nuklearstrategie, das Verhältnis von Defensiv- und Offensivwaffen und das gesamte bi- und multilaterale Rüstungskontroll-, Nichtverbreitungs- und Abrüstungsregime eine umfassende Behandlung der Frage unter allen ihren Aspekten erforderlich.

Wege zur Vertragskonferenz

Vor diesem Hintergrund hält Wolter „die Einberufung einer eigenständigen internationalen Vertragskonferenz unter VN-Ägide zur Aushandlung des KSW-Vertrages notwendig. Eine solche multilaterale Konferenz von mit umfassenden Verhandlungsvollmachten ausgestatteten Staatenvertretern könnte das erforderliche umfassende multilaterale Vertragswerk mit ausreichender Autorität und Wirkungskraft aushandeln. Dieses sollte anschließend ebenso wie seinerzeit der Weltraumvertrag und die Spezialabkommen zu seiner Durchführung von der Generalversammlung der Staatengemeinschaft zur Annahme empfohlen werden.“

Zu überlegen ist außerdem die frühzeitige Einbeziehung von Nichtregierungsorganisationen und der zahlreichen internationalen wissenschaftlichen Vereinigungen im Bereich der friedlichen Nutzung des Weltraums und der Rüstungskontrolle und Abrüstung.

Kanada hat vorgeschlagen eine Überprüfungskonferenz zum Weltraumvertrag mit dem Ziel einzuberufen, ein Ergänzungsprotokoll über die militärische Nutzung des Weltraums abzuschließen. In Anlehnung an diesen kanadischen Vorschlag könnte auf einer solchen eigenständigen Konferenz der Vorschlag für einen KSW-Vertrag als Ausführungsabkommen zum Weltraumvertrag eingebracht werden

Der brasilianische Weltraumrechtswissenschaftler Montserrat Filho sieht die Notwendigkeit, wenn es nicht zum baldigen Abschluss eines Rechtsklarheit schaffenden multilateralen Abkommens zur Gewährleistung der friedlichen Nutzung des Weltraums kommt, den IGH in Anknüpfung an sein Rechtsgutachten über Nuklearwaffen um eine Stellungnahme zum Grundsatz der friedlichen Nutzung zu bitten.

Detlev Wolter, Grundlagen „Gemeinsamer Sicherheit“ im Weltraum nach universellem Völkerrecht. Duncker & Humboldt, 2003 wsh ●

Global Network Against Weapons and Nuclear Power in Space

Rohstoffe aus dem Weltraum

Der Abbau von Rohstoffen auf dem Mond, den Planeten und Asteroiden ist noch Fiktion. Aber Pläne werden geschmiedet. Das Weltraumrecht untersagt nationalen Besitz auf Himmelskörpern, aber über Privateigentum gibt es keine Regelungen. Das Weltraumrecht sollte weiterentwickelt werden, um Konflikten über die Ressourcen des Weltraums vorzubeugen und ihre gerechte Verteilung zu ermöglichen.

Foto: NASA

Protest gegen Plutonium

Die NASA plant am 11. Januar eine New Horizons -Sonde zum Pluto starten. An Bord des „Pluto-Express“ sollen 12 kg Plutonium 238 & 239 sein. Die radioaktive Zerfallswärme soll in einem RTG (Radioisotope Thermoelectric Generator) in Strom umgewandelt werden. Das Global Network Against Weapons and Nuclear Power in Space ruft zum Prost auf.

Schreiben Sie an:

Michael Griffin, NASA Administrator,
300 E. Street SW, Washington DC 20546,
mgriffin@mail.hq.nasa.gov

3.-5. Februar 2006

Ziviler Ungehorsam hat schon oft die politische Wirklichkeit verändert. Ob in Mutlangen, Büchel, Gorleben oder der freien Heide, ob gegen Atomkraft, Gentechnik oder gegen den Krieg: Sehr viele Menschen haben sich aus unterschiedlichen Anlässen an gewaltfreien Aktionen beteiligt. Von der Sitzblockade über Feldbesetzungen bis hin zu neuen Formen der Kommunikationsguerilla: die Formen sind vielfältig und haben sich mit der Zeit auch verändert. Es ist Zeit, in dieser Vielfalt zusammenzukommen - deshalb diese Tagung!

**TeilnehmerInnen sind
ExpertInnen - ExpertInnen
sind TeilnehmerInnen**

Teil I – Erfahrungen austauschen

Freitag, den 3. Februar 2006

Viele Erfahrungen wurden in den letzten Jahren gemacht - mit unterschiedlichsten Strategien und Ansätzen, an vielen Orten und in unterschiedlichen Zusammenhängen. Es gibt individuelle Formen des Zivilen Ungehorsams und massenhafte Aktionen. Außerdem gibt es Menschen, die sich mit einzelnen Aspekten gewaltfreier Aktion besonders auskennen: im Trainingsbereich, zu juristischen Fragen oder zu Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Teil II - Perspektiven

Samstag, den 4. Februar 2006

Wo stehen wir mit Zivilem Ungehorsam? Was kommt auf uns zu? Welche Ereignisse oder Themen zeichnen sich ab, bei denen Ziviler Ungehorsam nötig werden kann?

Was sind geeignete Strategien und Aktionsformen angesichts sich verändernder gesellschaftlicher Rahmenbedingungen? Wie kann Ziviler Ungehorsam weiterentwickelt werden?

Teil III – Vernetzung

Sonntag, den 5. Februar 2006

Einige sind seit vielen Jahren „dabei“, manche treffen sich immer wieder zu neuen Anlässen.

Es gibt Zusammenhänge und Gruppen, die seit langer Zeit zusammenarbeiten und es gibt Menschen, die sich hin und wieder entschließen, an Aktionen teilzunehmen.

Es gibt zahlreiche Gruppen, Aktive und Interessierte: Zeit voneinander zu lernen und vielleicht auch zu bedenken, wie künftig besser zusammengearbeitet werden kann und welche



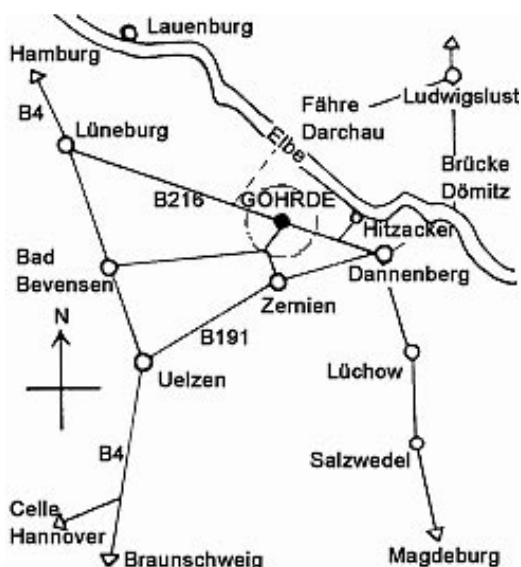
neuen Formen der vernetzten Zusammenarbeit möglich und sinnvoll sind.

Außerdem... ... und immerzu

Orte und Zeit für Begegnungen und Gespräche; ein Infocafé; Platz für Plakate, Wandzeitungen, Info- und Bücherstände; Kinderbetreuung. Kulturelles und eine Feier am Samstag.

Tagungsort:

Bildungszentrum Göhrde
Kaiser-Wilhelm-Alle 7, 29473 Göhrde
fon +49 (0) 5855 9781-0
fax +49 (0) 5855 9781-10



Über Uelzen und Lüneburg ist das Bildungszentrum Göhrde gut zu erreichen.

Vorbereitungsgruppe: Die Tagung wird von einer Gruppe Aktiver aus unterschiedlichen Zusammenhängen der gewaltfreien Bewegung vorbereitet:

- Bernd Sahler, Freiburg (Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden, gendreck-weg, Ex-GWR)
- Heidi Klein, Verden (X-tausendmal quer)
- Holger Isabelle Jänicke, Hamburg (X-tausendmal quer, Ex-Mutlangen)
- Jochen Stay (X-tausendmal quer)
- Jutta Sundermann, (BUKO, Attac, gendreck-weg)
- Karsten Schulz, Buxtehude (Archiv Aktiv)
- Katja Wilken (Attac)
- Marion Küpker, Hamburg (GAAA, DFG-VK)
- Rasmus Grobe, Verden (Bewegungsakademie)
- Susanne Mähne, (X-tausendmal quer, Lebenslaute)
- Tobias Böhme, (Graswurzelgruppe Kiel)

Anmeldung: Tel. 04231-95 75 95

www.tagung-zugabe.de/

mk ●

Gerät der Konflikt mit dem Iran außer Kontrolle?

Ende November hat der Gouverneursrat der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) über mögliche Strafmaßnahmen gegenüber dem Iran beraten.

Mit Strafmaßnahmen des UNO-Sicherheitsrats ist zu rechnen. Die zerstörerischen Äußerungen des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad gegenüber Israel waren dabei Wasser auf die Mühlen all jener Kräfte, die ein militärisches Vorgehen gegen den Iran förmlich herbeisehen. Die Situation erinnert fatal an das Szenario vor dem letzten Irak-Krieg und droht, außer Kontrolle zu geraten. Es kommt jetzt darauf an, diese Dynamik schnellstens umzukehren. Es war seitens des EU-Trios nie realistisch, speziell von Iran einen Verzicht auf die Urananreicherung zu fordern. Diese Forderung ist zudem nicht glaubwürdig, solange das EU-Trio selbst Uran anreichert. Iran sollte dazu bewegt werden, auf die zivile Nutzung der Atomenergie zu verzichten und statt dessen das reichlich vorhandene Potential an Wind- und Sonnenenergie zu erschließen.

Das Land wird allerdings nur dann auf Atomwaffen verzichten, wenn es hinreichende Sicherheitsgarantien erhält. Iran ist durch die militärische Präsenz der USA in Irak, Afghanistan, Saudi Arabien und den zentralasiatischen Staaten von allen Seiten eingekreist. Zudem verfügt Israel über 200 bis 300 atomare Sprengköpfe, die Iran erreichen können. Die USA haben Nordkorea weitgehende Sicherheitsgarantien angeboten, weigern sich bislang aber, sie Iran zu offerieren. Darüber hinaus wäre eine Konferenz für die Schaffung einer Atomwaffenfreien Zone im Mittleren und Nahen Osten geboten. Dadurch würden die Reformkräfte in der gesamten Region neuen Auftrieb erhalten, und der innenpolitische Konsens für Atomwaffen verlöre seine Legitimation. Die Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone richtet sich auch an Israels Adresse.

Die Atomwaffenpolitik des Landes liegt nicht in seinem eigenen Sicherheitsinteresse. Selbstredend muss im Gegenzug auch Iran das Existenzrecht Israels anerkennen. Weitere Informationen bei der BürgerInneninformation: www.grundrechtekomitee.de/ub_showarticle.php?articleID=174, Herausgeber: Komitee für Grundrechte und Demokratie. 1 Ex. 1 Euro, 8 Ex. 5 Euro; 20 Ex. 10 Euro.

info@grundrechtekomitee.de,

Tel.0221/97269-20

rob ●



Rundreise:

Simon Harak, Professor für theologische Ethik und katholischer Priester, wird uns gleich zweimal, vom 29. Mai bis 12. Juni und vom 24. Juli bis 7. August 2006, für Vorträge und Treffen in der BRD zur Verfügung stehen. Ich habe Simon bei den „Catholic Workers“ in New York, die sich dort sehr für Obdachlose einsetzen, kennen und schätzen gelernt.

Er ist geborener US Amerikaner mit Eltern libanesischer Herkunft. Für die Rundreisen suchen wir kirchliche Gemeinden und Friedensgruppen, die hiermit eine der bekanntesten geistlichen Persönlichkeiten der US-Friedensbewegung kennen lernen können, eine Persönlichkeit, die uns wichtige Informationen zum Verständnis der aktuellen Lage in den USA näher bringen möchte (siehe auch GAAA Hauptartikel). Simon Harak ist Mitbegründer der US-Organisation „Voices in the Wilderness“, die mehrfach für ihre Arbeit gegen die Sanktionen im Irak für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen wurde. Heute arbeitet er in New York als nationaler anti-militaristische Koordinator für die War Resister League (Die Liga der Kriegsverweigerer). Eine ausführliche Zusammenfassung seiner beachtenswerten Qualifikationen findet Ihr in Englisch auf unserer Webseite: www.gaaa.org. Allein dieses Jahr erhielt Simon zwei Awards von Pax Christi: den Nationalen Friedensstifter Award des Jahres 2005 und den Metro New Yorker Friedensstifter Award des Jahres 2005. Wir rechnen mit Kosten von 400 Euro pro Veranstaltung, welche Flugkosten und Rundreisekosten innerhalb der BRD für ihn und die nötige Übersetzerin, sowie ein kleines Honorar beinhalten sollen. Auch werden Verpflegung und Übernachtung vor Ort benötigt, welches gern privat geschehen darf. Wir versuchen einen Teilbetrag der Kosten über die DFG-VK zu beantragen, um kleineren Friedensgruppen eine Veranstaltung etwas günstiger ermöglichen zu können. Auch könnten sich für eine Veranstaltung Gruppen zusammenschließen.

Bei Interesse bitte melden:

Marion Küpker, Tel. 040-4307332 oder mariongaaa@gmx.de. mk ●

GAAA-Tagung befasst sich intensiv mit Uran- und Atomwaffen in Rheinland-Pfalz

Zurück zu den Wurzeln. Das nahmen sich 15 Aktivisten der Gewaltfreien Aktion Atomwaffen Abschaffen (GAAA) zwischen dem 28. und 30. Oktober zu Herzen. Die GAAA lud an diesem Wochenende zu ihrer 10. Jahrestagung ins Friedens- und Umweltzentrum Trier ein. Im Mittelpunkt der atmosphärisch sehr dichten Tagung stand auch eine Exkursion zur US-Airbase Spangdahlem.

Die GAAA hat ihre Wurzeln in der gewaltfreien Bewegung gegen Atomtests und Atomwaffen der 80er Jahre aufgesucht und erstmalig in ihrer 9-jährigen Tagungsgeschichte Rückschau und Perspektivendiskussion mit einer Aktion an einem Militärstützpunkt verbunden. An diesem Wochenende war deutlich zu spüren, wie wichtig das Geschehen außerhalb des eigentlichen Programms ist. Die Freisetzung vieler kreativer Kräfte wurde neben der Exkursion auch dadurch begünstigt, dass wir uns nach vielen Jahren wieder einmal Zeit nahmen, die Mahlzeiten gemeinsam eigenverantwortlich zuzubereiten. Mit großem Interesse verfolgten die Aktivisten auch einen von Marion Küpker geschnittenen Film über ihre Eindrücke aus Okinawa während ihres Japan-Aufenthaltes im August (der Freiraum berichtete).

Die Ergebnisse, sozusagen das Jahresprogramm der GAAA für 2006 können sich wahrlich sehen lassen. So beschlossen die TeilnehmerInnen, die Aufrufe zur Befehlsverweigerung kampagnenartig und inhaltlich ausgeweitet weiterzuführen. Zukünftig sollen nicht nur am Bundeswehrstandort und Atomwaffenlager Büchel sondern bundesweit in allen großen Städten sowie weiteren deutschen und US-amerikanischen Militärstandorten Aufrufe verteilt werden und Informationsveranstaltungen stattfinden. Schwerpunkte der GAAA werden dabei auch die Standorte Ramstein bei Kaiserslautern sowie Spangdahlem bei Trier. Die Soldaten sollen über ein englisch- und deutschsprachiges Flugblatt dazu aufgefordert werden, Befehle im Zusammenhang mit der nuklearen Teilhabe, mit dem Einsatz von Atomwaffen und Uranwaffen sowie mit Angriffskriegen zu verweigern.

Die Aktivisten fühlen sich dabei ermutigt durch die Urteile des Bundesverwaltungsge-

richts (BVG) in Leipzig und vom Oberlandesgericht Koblenz. Am 22. Juni 2005 gestand das BVG Major Pfaff das Recht auf Gewissensfreiheit zu, als dieser sich im Frühjahr 2003 nicht am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen den Irak beteiligen wollte. Am 28. September diesen Jahres wurden die GAAA-Aktivisten Hanna Jaskolski und Hermann Theisen unter Berufung auf das Urteil gegen Major Pfaff durch das OLG Koblenz vom Vorwurf freigesprochen, sie hätten sich beim Verteilen von Aufrufen zur Befehlsverweigerung an die Soldaten in Büchel strafbar gemacht. Das Recht auf freie Meinungsäußerung sei damit selbstverständlich abgedeckt gewesen. Die Nürnberger Prozesse lehrten uns, dass auch Befehlsempfänger eine Verantwortung für ihre Taten haben, sofern sie internationale Gesetze brechen.

Die Weiterarbeit an der Beendigung der nuklearen Teilhabe und der Verschrottung der in Deutschland gelagerten Atomwaffen als Einstieg in eine atomwaffenfreie Welt bleibt im kommenden Jahr mit verschiedenen Aktivitäten Schwerpunkt der GAAA. So wird z.B. der Pacemakers-Radmarathon am 5. August in einer Zweitaufgabe über 346 km von Büchel nach Ludwigsburg stattfinden. Die fünfte Umrundung des Atomwaffenstandortes steht für den 3. September an.

Parlamentarische Inspektionen

Eine besonders spannende Idee wurde zudem weiter entwickelt: sogenannte parlamentarische Inspektionen der Militäranlagen in Büchel, Spangdahlem und Ramstein. Sie sollen dazu dienen, Europa- und Bundestagsabgeordnete mit einem Fragenkatalog an die Standorte zu führen. Ähnlich wie mit dem Mittel der Anfragen in den Parlamenten, erhoffen sich alle beteiligten Organisationen neue Erkenntnisse über die Funktion der Standorte (nicht nur) in Verbindung mit Atom- oder Uranwaffen. Die Anfragen an die Verwaltungen durch das Büro des Europaabgeordneten Tobias Pflüger laufen bereits. Bei deutschen Einrichtungen wie in Büchel gibt es das Recht auf eine Führung. Ob dies bei den US-amerikanischen Standorten gelingt, bleibt abzuwarten, bleibt den Parlamentariern doch nur die Möglichkeit anzufragen.

Geplant sind die Besuche jeweils mit einem



Völkerrechtler, regionalen Organisatoren oder Experten und, soweit möglich, mit einem Bürgermeister für den Frieden aus der Region, da jeder Parlamentarier jeweils zwei weitere Personen als Begleitung mitbringen darf.

Mahnwachen am Haupttor mit der Verteilung von Flugblättern an rein- und rausfahrende Soldaten sollen die Besuche begleiten. Darin soll die Völkerrechtsmauer genauso mit einbezogen werden wie Transparente der unterschiedlichen Initiativen zu Konversion und Militärökonomie sowie Redebeiträge.

Rundreisen

Drei Rundreisen sollen die Öffentlichkeit an weitere Themen heranführen. Mit dem katholischen Priester und Ethikprofessor Simon Harak von den War Resisters League in New York wird ein wichtiger Vertreter der US-amerikanischen Friedensbewegung im Mai/Juni und Juli/August über die Militärökonomie und die aktuellen Entwicklungen im Atomkonflikt mit dem Iran referieren. Es soll aufgezeigt werden, wie eng die jetzige Buschadministration verbunden ist, bzw. genaugenommen aus denselben Personen besteht, die in den Aufsichtsräten der US-Waffenkonzerne sitzen und gleichzeitig als führende Regierungsvertreter über die US-Staatsgelder entscheiden und verfügen, die dann direkt an die Rüstungskonzerne gehen. Ihre Gehälter sind enorm und es ist wichtig dies von einem bekannten US-amerikanischen Pazifisten und Priester zu erfahren, um dem weit verbreiteten unberechtigtem Vorwurf des Antiamerikanismus die Stimme der US-Friedensbewegung entgegenzustellen.

Als Experte für radioaktive Niedrigstrahlung steht der über 80 jährige US-Professor Ernest Sternglass für Veranstaltungen im Frühjahr zur Verfügung. Er beriet bereits als junger Wissenschaftler den später ermordeten US Präsidenten John F. Kennedy in Bezug auf die Auswirkungen des Atomwaffentestfallouts in den 60er Jahren und trug mit dazu bei, dass der oberirdische Atomteststoppvertrag unterzeichnet wurde. Kleinste radioaktive Partikel werden auch heute weltweit durch Atomreaktoren und die Atomwaffenproduktion freigesetzt. Diese radioaktive Niedrigstrahlung betrifft uns alle, während ihre gesundheitlichen Auswirkungen von den internationalen Institutionen wie der IAEA geleugnet werden. Da sich am 26. April zum 20. Mal der Tschernobyl Unfall jährt, wollen wir mit diesen Veranstaltungen über die Gefahren radioaktiver Niedrigstrahlung aufklären und die Notwendigkeit verdeutlichen, warum der Artikel IV des NPT Vertrages, der die friedliche



Nutzung der Atomenergie fördert, unbedingt gestrichen werden muss.

Und schließlich ist die GAAA Mitträger der Lesereise „Mein Weg zwischen Gewalt und Gewaltfreiheit“ mit dem Friedensforscher und Friedensaktivisten Wolfgang Sternstein. Bis April sind Friedensgruppen und Buchhandlungen dazu eingeladen, Lesungen zu organisieren.

Exkursion nach Spangdahlem

Bei strahlendem Sonnenschein war die US-Airbase Spangdahlem am Samstag auch Ziel einer Exkursion und Kundgebung. Zunächst verwies Günther Schneider von der Bürgerinitiative gegen den Ausbau Spangdahlems (BIEGAS) die TeilnehmerInnen auf das enteignete Land, auf dem im Zuge der riesigen Erweiterung u.a. Tankanlagen und Prüfstände für Großraumflugzeuge zu sehen sind. Das kleine Örtchen Binsfeld, die Heimat Schneiders, hat mit vielfältigen Belastungen zu kämpfen: Lärm, Abgase, Abwässer des giftigen Treibstoffs, JP-8, DU und Radar. Beobachtet werden auffällig viele seltene Hirntumore und Leukämien in der Region.



Günther Schneider in Binsfeld/Spangdahlem

Mit Transparenten („Depleted Uranium mostly kills invisibly“ und „DU might kill you too“) und Reden kritisierten anschließend etwa 20 Aktivisten vor dem neuen Haupttor die dortige Lagerung von Uranwaffen und deren todbringenden Einsatz u.a in Jugoslawien, Afghanistan und dem Irak. „Spangdahlem ist keine Frittenbude“ machte Markus Pflüger von der Arbeitsgemeinschaft Frieden Trier mit Verweis auf die Kampagne zur Konversion des Kriegsflughafens deutlich.

rob / mk ●



Rundreise:

Prof. Ernest Sternglass ist einer der wenigen Atomphysiker, die mit dem Einsatz ihrer Karriere der Menschheit einen großartigen Dienst erwiesen haben. Bereits in den 60er Jahren bot Sternglass der Atomindustrie die Stirn: im US-Kongress wurden durch das Joint Committee für Atomenergie Anhörungen zum Problem geringer Strahlenbelastung abgehalten.

Ernest überzeugte und trug wesentlich dazu bei, dass von dem damaligen US Präsidenten Kennedy 1963 der oberirdische Atomteststoppvertrag unterzeichnet wurde. Bis heute arbeitet Ernest innerhalb der US Anti-Atombewegung und erreicht durch Aufrufe in Bürgerinitiativen die direkte Zusammenarbeit mit der Bevölkerung. Er führt Studien durch, die die Atomindustrie immer wieder in die Enge treiben. Tausende von Milchzähnen US-amerikanischer Kinder wurden auf das radioaktive Strontium 90 untersucht und bestätigt, dass die Kinder heute soviel Strontium 90 in den Zähnen haben, wie damals auf dem Höhepunkt der oberirdischen Atomtests. Diese Studien untermauern auch den vorher entdeckten Zusammenhang zwischen vermehrten Krebserkrankungen bei Kindern und der Wohnnähe der Kinder zu AKWs. Menschen, die in Windrichtung von AKWs leben, haben ein erhöhtes Krebsrisiko. Durch die Milchzahnuntersuchung konnte zudem eine von der Wohnlage abhängige Strontiumerhöhung belegt werden. Dass Radioaktivität heute einen Großteil unserer Krankheiten verursacht, belegt Ernest in einer Klarheit, die jedem Nichtexperten verständlich ist. Vom 6. April bis 19. April 2006 möchten wir im Vorfeld zu 20 Jahre Tschernobyl mit Ernest Sternglass in der BRD Vorträge halten, die gemäß der Konditionen von Simon Harak (siehe linke Randspalte) stattfinden können.

Ernest Sternglass spricht ein wenig deutsch, da er deutscher Abstammung ist. Er verließ 1943 als 14-Jähriger Berlin zusammen mit seinen jüdischen Eltern, die Mediziner waren. Eine private Unterbringung ist ihm sehr angenehm und er ist ein sehr lebensfroher Mensch. Bei Interesse kontaktiert bitte auch hier: Marion Küpker

mk ●



750.000 Euro Geldstrafe für Pflugscharaktivisten

Am 27. Oktober wurde der 52-jährige Pflugscharaktivist Turi Vaccaro im holländischen Breda zu sechs Monaten Haft und einer Zahlung von 750.000 Euro an das holländische Verteidigungsministerium verurteilt. Falls er nicht bereit ist, diesen Betrag zu bezahlen, steht ein weiteres Jahr im Gefängnis an. Sowohl Vaccaro als auch Anwalt Meindert Stelling reagierten geschockt auf das Urteil.

Am 10. August hat der aus Italien stammende Friedensaktivist, die 25-jährige Tradition von Pflugscharaktionen für die nukleare Abrüstung fortgesetzt. Sie bezieht sich auf die Tradition ist auch unter dem Namen Pflugschar bekannt, da sie sich auf die alttestamentliche Prophezeiung, derzufolge die Völker einst die Schwerter zu Pflugscharen und die Speere zu Rebmessern umschmieden werden, bezieht. Vaccaro aktualisierte und konkretisierte diese Prophezeiung, als er den Zaun der Luftwaffenbasis Woensdrecht in den Niederlanden überkletterte, einen Wartungshangar betrat und beträchtlichen Schaden an den Kontrollarmaturen im Cockpit zweier F-16 Kriegsflugzeuge verursachte. Die F-16s sind das Trägersystem für die schätzungsweise 20 auf der Luftwaffenbasis Volkel gelagerten US/Nato-Atombomben.

Vaccaro wurde während der Aktion festgenommen und gab der Polizei bereitwillig Auskunft, er habe die Flugzeuge im Gedenken an den sechzigsten Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki abgerüstet. Den Hammer habe er in Assisi gekauft, weil der heilige Franz ihn dazu ermutigt habe, ein einfaches und enthaltsames, Menschen und Umwelt respektierendes Leben zu führen. Aus diesem Grund habe er die Aktion sehr sorgfältig ausgeführt, um sicherzustellen, dass niemand sich bedroht fühlt.

Weitere Infos:

www.motherearth.org/prisoner/turi.php
Unterstützerbriefe sollten gesendet werden an: Turi Vaccaro, HvB de Boschpoort, Nassausingel 26, 4811, DG Breda, Niederlande

rob/Wolfgang Sternstein ●

Zwei positive Urteile von deutschen Obergerichten

Soldaten dürfen verweigern - Bürger zur Verweigerung auffordern

Die Weiterarbeit der GAAA wird durch zwei erfreuliche höchstrichterliche Entscheidungen unterstützt. Nach eineinhalb Jahren ging die Auseinandersetzung um de Aufruf an die Bücheler Soldaten zur Befehlsverweigerung mit einem rechtskräftigen Freispruch zu Ende. Bedeutender für die politische Weiterarbeit ist aber eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes.

Deutliche Worte fand das Bundesverwaltungsgerichtes (BVerwG) im Falle der Weigerung des Bundeswehresoldaten Florian Pfaff, sich an möglichen Unterstützungshandlungen für den Irak-Krieg zu beteiligen. Der Major hatte seine Weiterarbeit an einem Computerprogramm für Logistik verweigert. Das BVerwG kritisierte eindeutig den Irak-Krieg, stellte fest, dass es eine nicht gerechtfertigte deutsche Unterstützung für den Angriffskrieg gibt und billigte Pfaff das Recht auf Verweigerung aus Gewissensgründen zu. Diese Urteil spielte dann in Koblenz auch eine entscheidende Rolle.

Aufruf zur Befehlsverweigerung

Von Hermann Theisen

Soldaten dürfen aufgefordert werden keine Atomwaffen zu bedienen. Über eineinhalb Jahre dauerte der Rechtsstreit um ein Flugblatt der GAAA, mit dem an die in Büchel stationierten Soldaten appelliert wird Einsatzbefehle im Rahmen der nuklearen Teilhabe zu verweigern.

Der Aufruf zur Befehlsverweigerung wurde seit 2004 unmittelbar an die Soldaten des Jagdbombergeschwaders 33 verteilt und in

Briefsendungen an Einwohner der Verbandsgemeinde Ulmen verschickt. Daraufhin beantragte die Staatsanwaltschaft Koblenz den Erlass von Strafbefehlen bzw. die Zulassung von Anklagen gegen 13 Personen, worauf das Amtsgericht Cochem im vorausseilenden Gehorsam Gewehr bei Fuß stand und die Strafbefehle bzw. Anklagen entsprechend zuließ. Im Rahmen jener Ermittlungen wurde bei einem der Beschuldigten eine Hausdurchsuchung durchgeführt, wobei 1.800 Aufrufe beschlagnahmt worden sind. Wenig später erklärte das Landgericht Heidelberg jene Hausdurchsuchung als rechtswidrig, worauf die beschlagnahmten Aufrufe von der Polizei wieder herausgegeben worden sind.

Jener Ermittlungswahn fand nun mit der Entscheidung des Oberlandesgerichts Koblenz eine Ende – die federführende Staatsanwältin Harnischmacher erklärte nach der Urteilsverkündung auf Anfrage, dass sie sich an die Entscheidung des OLG Koblenz gebunden fühle und sämtliche noch laufende Verfahren nun einstellen werde.

Begründung des Oberlandesgerichts

Das Oberlandesgericht Koblenz bezog sich in seiner Entscheidung explizit auf das Bundesverwaltungsgericht. Dieses hatte im Juni Major Florian Pfaff das Recht zugesprochen, mit dem Irak-Krieg in Verbindung stehende Befehle aus Gewissensgründen zu verweigern. Der Vorsitzende Hartmut von Tzschoppe sagte in der mündlichen Urteilsbegründung: „Die Angeklagten haben im Grunde nichts anderes getan, als die Soldaten zu einer Gewissens-

Auszüge aus der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes:

Für einen Krieg gegen den Irak konnten sich die Regierungen ... auf keine sie ermächtigende Resolution(en) des UN-Sicherheitsrates nach Art. 39 und 42 UN-Charta stützen.... auch nicht auf Art. 51 UN-Charta.

Nach allgemeinem Völkerrecht ist ein Staat zwar grundsätzlich frei zu entscheiden, ob er sich an einem militärischen Konflikt beteiligt. Er darf dies freilich ohnehin nur auf der Seite des Opfers eines bewaffneten Angriffs, nicht auf der des Angreifers Im Verhältnis zu einer Konfliktpartei, die den Verboten der Art. 1 bis 4 V. HA zuwiderhandelt ..., ist der „neutrale Staat“ zum aktiven Tätigwerden und damit zum Einschreiten verpflichtet ... Truppen von Konfliktparteien, die auf das neutrale Staatsgebiet „übertreten“, also nach Beginn des bewaffneten Konflikts in das neutrale Staatsgebiet gelangen, sind „zu internieren“ ...

Von diesen völkerrechtlichen Verpflichtungen wurde die Bundesrepublik Deutschland im Falle des am 20. März 2003 begonnenen Krieges, gegen den gravierende völkerrechtliche Bedenken bestehen, nicht dadurch freigestellt, dass sie Mitglied der NATO war und ist ...

...

Ein durch Art. 51 UN-Charta nicht gerechtfertigter Krieg begründet bereits nach den Art. 1, 5 und 6 NATO-Vertrag keine Beistandsverpflichtungen, sondern steht diesen ... gerade entgegen.

Auf dieser Grundlage formulierte der Soldat für sich die Schlussfolgerung, er sei „nicht nur rechtlich, sondern auch moralisch verpflichtet, nach Kräften passiv und aktiv für die Wiederherstellung des Rechts und eine Beendigung der Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der mörderischen Besetzung des Irak durch die USA (und andere) einzutreten“. ...

Der Soldat war daher in vollem Umfange von dem Vorwurf eines Dienstvergehens freizusprechen ...

Prof. Dr. Widmaier | Dr. FrenzDr. | Deiseroth



Mahnwache vor der Entscheidung des OLG Koblenz. Helmut Jaskolski

entscheidung aufzurufen.(...)Sie haben nicht etwa die Soldaten einfach nur aufgefordert, gewisse Befehle nicht zu befolgen. Sie haben argumentiert, und zwar intensiv argumentiert.“ Das OLG blieb aber nicht bei der Beurteilung des Flugblattes stehen. Nach Auffassung der Richter müssten auch Soldaten, die dem Aufruf folgen, straflos bleiben, wenn es sich um „eine sorgfältige, an Recht und Moral orientierte Gewissensfreiheit handelt“, so von Tzschoppe.

Befehlsverweigerung in der Bundeswehr? Warum eigentlich nicht!

Bundesverwaltungsgericht und Oberlandesgericht Koblenz bestätigen gleichermaßen: Ein Bundeswehrsoldat darf, ja muss unter bestimmten Voraussetzungen seine Befehle verweigern! Die Bundeswehr sollten sich beide Urteile gründlich ansehen! Sie muss sich fragen, ob sie es sich künftig noch leisten kann, ihren Soldaten rechtswidrige Befehle zu erteilen wie im Kosovo-Krieg, Irak-Krieg und mit der nuklearen Teilhabe.

Wer Interesse an dem Urteil des OLG Koblenz hat, wende sich an den Autor: Hermann Theisen, Moltkestraße 35, 69120 Heidelberg (hermann.theisen@t-online.de).

Bernd Hahnfeld von der IALANA findet: „Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes ist eine Fundgrube.“ Und sieht folgende Möglichkeiten für die politische Weiterarbeit:

Wenn der Fall der Unterstützung des Irak-Krieges vor das Bundesverfassungsgericht kommen sollte, müsste sich dieses mit den Argumenten des BVerwG auseinandersetzen.

Zugang zum Verfassungsgericht wäre möglich über eine Organklage einer Bundestagsfraktion. Oder ein ordentliches Gericht könnte die Frage den Verfassungsrichtern vorlegen, wenn in einem Verfahren die Entscheidung von der Rechtmäßigkeit der Kriegsbeteiligung abhängt. Da sind viele Verfahren, auch im Rahmen von zivilen Ungehorsam denkbar. Vom Krieg unmittelbar Betroffene könnten nach Ausschöpfung des Rechtsweges Verfassungsbeschwerden einlegen, z.B. Soldaten in den AWACS-Flugzeugen oder das deutsche militärische Wachpersonal für die USA-Stützpunkte in Deutschland. Wohl auch Soldaten wie der Major im Fall des BVerwG., wenn sie im Rechtsweg unterliegen. Auf jeden Fall Soldaten in Büchel, die in den Instanzen unterliegen sollten.

Damit die Bundeswehrsoldaten sich mit den Rechtsfragen auseinander setzen und von ihrem Recht der Befehlsverweigerung regen Gebrauch machen, werden die Flugblätter zur Befehlsverweigerung weiterverteilt und ein neues aufgelegt, das auf die Urteile Bezug nimmt. **wsh ●**

Florian Pfaff



Florian Pfaff bezog sich bei seiner Weigerung ausdrücklich auf das „Gebet der Vereinten Nationen“. Auf dieser Grundlage formulierte er für sich die Schlussfolgerung, er sei „nicht nur rechtlich, sondern auch moralisch verpflichtet, nach Kräften passiv und aktiv für die Wiederherstellung des Rechts und eine Beendigung der Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der mörderischen Besetzung des Irak durch die USA (und andere) einzutreten“. ...

**“Friede ist immer möglich - aber was kann ich dafür tun?
Hilf mir heute, Herr, mit Frieden im Kleinen anzufangen:
die Meinung der anderen zu achten,
ein grobes Wort nicht zu erwidern,
einen Nachteil auch einmal in Kauf zu nehmen,
einem Unrecht nicht beizustimmen,
guten Rat anzunehmen,
nicht immer zuerst an mich zu denken ...
Friede ist möglich, aber nicht immer leicht.
Ich möchte den Mut aufbringen,
Dinge zu ändern,
die ich ändern kann.
Gib mir diesen Mut, Herr,
damit heute meinem guten Willen auch die Tat folgt.“**

Gebet Nr. 62, Katholischen Militärbischofsamt.

Pacemakers-Radmarathon 5.8.06 und Promotour 7.-10.6.06

„Schrittmacher für eine friedliche und gerechte Welt ohne Atomwaffen“ Nach dem großartigen Erfolg des Pacemakers-Radmarathons am 60. Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima (6.8.2005) mit über 70 Radsportlern und der Beteiligung prominenter Radfahrer und der vielfältigen Berichterstattung in den Medien (www.pace-makers.de) ist die GAAA in die ausgeweitete Planung für 2006 integriert. Unter dem Motto „Pacemakers – Schrittmacher für eine friedliche, gerechte Welt ohne Atomwaffen“ treten wir auf sportliche Weise für den Verzicht auf Atomwaffen als Machtmittel ein. Atomwaffen sind in großem Umfang für die Verschwendung von Ressourcen (Umwelt, Geld) bekannt. Die Pacemakers setzen sich stattdessen für die gewaltfreie Lösung von Konflikten, die Abschaffung aller Atomwaffen bis 2020, die Einhaltung des UN-Gewaltverbots sowie der UN-Millenniumsziele ein. D. h. mehr Investitionen in Bildung, für Armutsbekämpfung und in gerechtere weltweite Wirtschaftsstrukturen, wozu u. a. auch der weitere Aufbau des Fairen Handels beiträgt. Beispielhaft sind einige Maßnahmen der Pacemakers aufgeführt:

1. Zum 2. Marathon von Büchel/Eifel nach Ludwigsburg bei Stuttgart über 345 km am 5.8.06 erwarten wir 200 Teilnehmer.
2. Eine eigene Promotour in Verbindung mit der Fußball-WM vom 7.-10.6.06, führt 4 Extremrad-sportler und ihre Begleiter auf 2200 km an alle WM-Städte/-Stadien. Dort soll es jeweils einen etwa 30 minütigen Empfang mit dem OB (größtenteils Mitglied in der Bürgermeisterbewegung Mayors for peace), Bundestagsabgeordneten, FIFA-Verantwortlichen, Organisatoren vor Ort geben mit Medien-Begleitung.
3. Unser Wunsch ist, möglichst alle teilnehmenden Nationalteams der WM dafür zu gewinnen, ebenso für atomare Abrüstung, das UNO-Gewaltverbot und die UNO-Millenniumsziele einzutreten.
4. Fair gehandelte, handsignierte Fußballbälle sollen zu Gunsten eines Projektes versteigert werden. Banafair, Greenpeace und das Fair-handelshaus Gepa haben auch für 2006 die Bereitschaft zur Unterstützung signalisiert, die Schirmherrschaft von Frau Wiecezorek-Zeul, Entwicklungshilfeministerin, ist angefragt. **rob ●**

Neuer Bundestag - neue Chancen für die atomare Abrüstung?

Bisher sind rund 10.000 Unterschriften unter den Appell des Trägerkreises „Atomwaffen abschaffen - bei uns anfangen“ gesammelt. Es sollen noch viel mehr werden bevor sie an die neue Bundesregierung übergeben werden. Bestehen Chancen auf die Erfüllung der Forderung nach einem Ende der nuklearen Teilhabe? Wer in die Wahlprogramme schaute musste feststellen: Bei der Union und der SPD kam das Wort Abrüstung kein einziges Mal vor. Erwähnt wurden die Atomwaffen auf deutschem Boden aber bei allen jetzigen Oppositionsparteien.

Die FDP bekräftigte: „wir werden bei den amerikanischen Verbündeten darauf drängen, ihre bis heute in Deutschland stationierten taktischen Nuklearwaffen abzubauen.“ Die Grünen thematisieren als einzige die nukleare Teilhabe, sie wollen durchsetzen, dass Deutschland darauf verzichtet. Der Abzug der Atomwaffen soll beitragen „zur Entstehung einer atomwaffenfreien Zone in Europa und zu einem dringenden notwendigen Abrüstungsfortschritt.“

Die Linkspartei fordert den Deutschen Bundestag auf von den USA den Abzug „zu verlangen“ und „damit eine Dynamik für ein Europa ohne Massenvernichtungswaffen in Gang zu setzen.“ Der Abgeordnete Wolfgang Gehrke erklärte inzwischen, dass ein entsprechender Antrag bereits in Vorbereitung sei. Die Koalitionsvereinbarung enthält nur vage Aussagen: „Wir halten an dem langfristigen Ziel der vollständigen Abschaffung aller Massenvernichtungswaffen fest.“

Wir setzen uns für nukleare Abrüstung und die Stärkung des internationalen Nichtverbreitungsregimes ein.“

Spannend wird ob die Oppositionsparteien es schaffen einen interfraktionellen Antrag zustande zu bringen oder ob jede Fraktion ihren eigenen Antrag formulieren wird.

Bei den Bürgermeistern für den Frieden gibt es eine Allparteienkoalition. Dies können wir nutzen, statt: die Bürgermeister sollten ihre Bundestagsabgeordneten ansprechen, um Druck aufzubauen hinsichtlich einer Zusammenarbeit aller Parteien im Bundestag für den Abzug der Atomwaffen. Sammeln wir weiter Unterschriften und sprechen wir unsere Volksvertreter an. Unterschriftenlisten für den Appell an die neue Bundesregierung können in der Pressehütte bestellt oder selbst ausgedruckt werden:

www.atomwaffenfrei.de wsh ●

Abrüstungsappell an die UN-Generalversammlung

Bürgermeister und Parlamentarier kooperieren für eine atomwaffenfreie Welt

Mit einer gemeinsamen Erklärung wandten sich Bürgermeister und Abgeordnete Anfang November an die UN-Generalversammlung. Sie fordern, die Aufnahme von Verhandlungen, die zu einer umfassenden Abschaffung und Zerstörung von Atomwaffen führen.

„Als Bürgermeister und Abgeordnete ist es unsere Aufgabe, für die Sicherheit der Bürger zu sorgen und zukünftige Generationen zu schützen.“ stellen sie in der gemeinsamen Erklärung fest und kommen zu dem Schluss: „Die einzige Möglichkeit, den Einsatz von Atomwaffen zu verhindern ist die Abschaffung aller Atomwaffen.“

Die gemeinsame Erklärung wurde im 1. Komitee der UN Generalversammlung, das über Abrüstung und internationale Sicherheit berät, verlesen. Weltweit hat die Erklärung 334 Unterzeichner. Sie stammen aus: Australien, Belgien, Frankreich, Ghana, Großbritannien, Irland, Israel, Italien, Japan, Kanada, Marshall Inseln, Mexiko, Niederlande, Neuseeland, Norwegen, Philippinen, Russland, Schottland, Shetland, Spanien, Schweden, Schweiz, Tansania, den USA, Zypern und aus Deutschland.

Hohe Beteiligung in Deutschland

Hierzulande haben 57 Bürgermeister, ein Landrat, 20 Landtagsabgeordnete und 42 Bundestagsabgeordnete die gemeinsame Erklärung unterzeichnet. Deutschland stellt damit ein Drittel der Unterstützer. Während die Bürgermeister aus allen Parteien stammen ist im

Bundestag Norbert Barthle aus dem Ostalbkreis der einzige Bundestagsabgeordnete der Union der die Erklärung unterstützt.

Um ihr Ziel zu erreichen erarbeiten die Mayor for Peace einen Resolutionsentwurf. Darin wird die Einrichtung eines „Adhoc Komitees“ bei der CD in Genf vorgeschlagen. Ziel dieser Idee ist es, ein Gremium mit Mehrheitsentscheidung zu schaffen, um die Blockademöglichkeiten des Konsensverfahrens im Atomwaffensperrvertrag und in der Abrüstungskonferenz zu überwinden.

Ablehnung der USA

Über den Resolutionsentwurf sollte im 1. Komitee abgestimmt werden. Das Papier sorgte für Aufregung. Es erhielt die Zustimmung einiger Länder, stieß aber bei den USA auf heftige Ablehnung. Diese fertigten eine schriftliche Stellungnahme an. Sie drohten einen Beschluss nicht anzuerkennen, „weil er nicht in ihrem Interesse läge“ und kündigten ihre Nichtzusammenarbeit an falls ein solches „Adhoc Komitee“ beschlossen würde. Kanada zog darauf seine Unterstützung zurück, den Entwurf vorzulegen. Er bleibt so vorerst in den Aktentaschen der Diplomaten und wurde nicht auf den Verhandlungstisch gelegt.

Bürgermeister Akiba aus Hiroshima kündigte an, dass die Mayors for Peace nicht aufgeben: „Wir werden im nächsten Jahr beim Internationalen Gerichtshof in Den Hag aktiv.“ wsh ●

In diesem Papier kündigt die USA ihren Widerstand gegen den von den Mayors for Peace initiierten Resolutionsentwurf an. Es heißt darin u.a.:

- „Wir möchten klarstellen, dass die Vereinigten Staaten an keinem internationalen Gremium teilnehmen werden, mit dessen Einrichtung die USA nicht einverstanden sind.“

- „Zudem werden die Vereinigten Staaten sich in keiner Weise an eine Entscheidung gebunden fühlen, die von einem solchen Gremium stammt.“

- „Wir werden keine Verhandlung über grundlegende nationale wie internationale Sicherheit auf der Grundlage von Mehrheitsentscheidung führen.“ Kanada zog daraufhin seine Unterstützung zurück.

7 OCT 2005 14:28 MFQT 64 4 4398519 NO. 518 PR 2 02/83
06/10/2986 13:15 6444723537 ANEMBASSY WELLINGTON 6444723537

UNGA FIRST COMMITTEE DRAFT RESOLUTION ON AD HOC COMMITTEES

-- The United States has learned that a number of governments plan to introduce a draft resolution in the First (Disarmament) Committee of the UN General Assembly that will seek to establish Ad Hoc Committees under the General Assembly.

-- Though a formal text has not yet been introduced, such a divisive proposal will sour much of the positive reform atmosphere that Member States have created through the revitalization of the First Committee over the past two years.

-- Under the newly accepted First Committee concept of thematic debate, any delegation can raise before the First Committee any issue that any government deems important. Setting up these Ad Hoc Committees would compromise this important practice before it can take root in the Committee.

-- Such Ad Hoc Committees also would compromise our common objective of getting the Conference on Disarmament (CD) to develop a program of work. Indeed, we understand that the draft resolution in question proposes to set up these committees in Geneva, rather than in New York.

-- The international community needs to continue to focus on getting the CD to work, rather than create another, "phantom" CD.

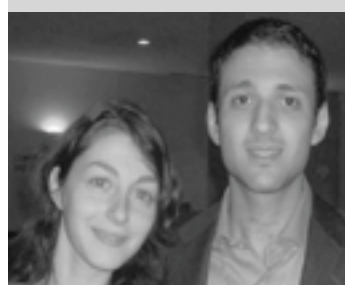
-- In fact, shifting CD issues to the First Committee likely will spell the end for the CD, and the supporters of this initiative would be fully responsible.

-- We also wish to make clear that the United States will NOT participate in any international body to whose establishment the United States does not agree.

-- Moreover, the United States will not consider itself bound in any way by any agreement emerging from such a body.

Europäische Jugend vereint für Atomare Abrüstung Mehr als die Gründung eines Netzwerkes

Vom 28. bis zum 30. Oktober dieses Jahres gaben engagierte Jugendliche aus insgesamt sieben Ländern Europas ihrer Arbeit eine neue Dimension. In der „Casa della Pace“ (Haus des Friedens) in Mailand trafen sich junge Delegierte verschiedener Friedensorganisationen aus Italien, Frankreich, Weißrussland, Belgien, Großbritannien, Ukraine und Deutschland, um ab sofort gemeinsam für ihre Vision eines atomwaffenfreien Europas in einer atomwaffenfreien Welt einzutreten.



Sophie Lefez
vom *Mouvement de la Paix, Frankreich, und*
Giorgio Alba von
Archivio Disarmo, Italien, organisierten

das Treffen zusammen mit Julia Kramer von der Friedenswerkstatt Mutlangen (nicht im Bild), nachdem sie in New York das Scheitern der Überprüfungs-konferenz des Atomwaffensperrvertrags miterlebt hatten. (Foto: jk)

Zusammen mit der Region Mailand und weiteren UnterstützerInnen war es Giorgio Alba vom Archivio Disarmo Rom gelungen, ein abwechslungsreiches, inhaltsschweres Gründungsprogramm auf die Beine zu stellen, in dem sich auch die Senioren der Bewegung, wie Lisa Clark von „Beati Construttori di Pace“ aus Italien, einbringen konnten und der Jugend Tipps und motivierende Worte mit auf ihren Weg gaben. Parallel zum öffentlichen Treffen gab es in der „Casa della Pace“ eine Ausstellung über Hiroshima und Nagasaki und eine neue „Keimzelle“ des Schutzwalls der Heidelberger „Aktion Völkerrecht“, die dort errichtet wurde.



Italy at it's best: Verköstigung durch die Provinz Mailand!
(Foto: jk)



„Obwohl ich sehr müde von der langen Reise nach Mailand war, hat das Treffen richtig Spaß gemacht. Gut es waren zwar viele Vorträge und neue Informationen, aber internationale Treffen machen mir immer besonders Spaß. Zum Einen, weil so mein Englisch nicht einrostet ;-), und zum Andern (dem Wichtigeren),

weil man eigentlich, auch ohne es zu wollen, sich sehr oft nur auf das eigene Land konzentriert und bei solchen Treffen immer, auch neben dem Programm, ein großer Austausch stattfindet und man neue Bekanntschaften knüpft. Und gerade bei diesem Thema sollte man überall Druck machen.“ **Mia Gandenberger, Marburg.**



„Bis wir groß genug sind, um simultane Aktionen in verschiedenen Ländern zu organisieren, planen wir ein paar gemeinsame Aktionen und Treffen im Jahr. Nächstes Jahr wird in Brüssel der NATO-Gipfel stattfinden, auf dem die NATO-Strategie überprüft werden soll. Deshalb ist nächstes Jahr Brüssel unser Aktionsschwerpunkt.“ **Roel Stynen**

24, Forum voor Vredesactie/Bombspotting, Belgien

Für Vorstellungen der verschiedenen Kampagnen in den verschiedenen Ländern bot das dreitägige Treffen genauso Platz wie für Diskussionen über die Situation Europas und der dort breit verstreuten Atomwaffen, über die Verantwortung der Jugend, die nukleare Abrüstung voranzutreiben, und die Unvereinbarkeit dieser atomaren Waffen mit den verschiedensten Rechten eines jeden Menschen. Am zweiten Tag galt es dann, dem Netzwerk Leben einzuhauchen. Einig waren sich die Jugendlichen darüber, dass das Netzwerk zuallererst bekannt werden und wachsen müsse. Natürlich dient es dafür, einen regen Austausch zu schaffen und lokale Gruppen und Aktivitäten zu unterstützen. Es sollen aber auch ein bis zwei gemeinsame Aktionen pro Jahr stattfinden, je nach Möglichkeiten in einem bestimmten Land oder parallel an verschiedenen Orten.

Ergebnis der Diskussionen war eine ganze Liste von Ideen, wie diese Pläne umgesetzt werden sollten. So wird im kommenden Jahr das zweite Treffen beim NATO-Gipfel in Brüssel stattfinden. Geplant sind kreative Auftritte als Clown-Armee, Teilnahme beim belgischen „Bombspotting“ und bis dahin das Zusammenstellen eines „Aktivisten-Starterkits“ oder die Nutzung der in Mode kommenden Internet-Tagebücher. Obwohl die Planungen und Diskussionen mehr Zeit in Anspruch nahmen als erwartet, blieb doch Zeit, die vielen netten MitstreiterInnen näher kennen zu lernen. „Es gibt neue Kraft, zu wissen, dass man nicht alleine ist“ meinte Emily Freeman aus Wales und genau diese Motivation nahmen alle TeilnehmerInnen mit zurück in ihre Heimat.

Mehr noch als ein weiterer Zusammenschluss war dieses Treffen in Mailand ein Zeichen dafür, dass wir Jugendlichen uns gerade nach der gescheiterten Überprüfungs-konferenz des Atomwaffensperrvertrages nicht unterkriegen lassen und dass die Politiker auch in Zukunft mit uns rechnen müssen. **Sabrina Apicella ●**

NPT Youth Action, Wennigsen/Hannover



Nina Eisenhardt (2.v.l.) beim Fototermin mit dem Bürgermeister von Hiroshima im Mai in New York
(Foto: npt youth action)

Wir schreiben mit an einem Schulbuch!

Uns Jugendlichen, die an der Aktionsreise nach New York teilgenommen haben, wurde von Günter Krapp die Möglichkeit gegeben über unsere Erlebnisse zu berichten. Er ist Autor und Verleger des Schulbuchverlages Krapp&Gutknecht.

Im Schülerheft „Demokratie leben heißt sich verantwortlich fühlen und sich einsetzen“ für die 10. Klasse aller baden-württembergischen Realschulen erscheinen auf sieben Seiten unsere Berichte und die anderer politisch interessierter Jugendlicher.

Das Heft soll andere Jugendliche motivieren sich auch zu engagieren. In dem Deutsch-Arbeitsheft informieren wir über unsere Reise, den Atomwaffensperrvertrag und grundlegendes Wissen zu Atomwaffen.

Unter anderem wurde eine verkürzte Version der internationalen Jugendrede abgedruckt. Außerdem sind Statements von den Jugendlichen aus ganz Deutschland zum

Thema Motivation und Resignation nach dem Scheitern der Konferenz enthalten und wie sie mit der „großen Politik“ klargekommen sind. Zusätzlich wird unsere Pressemitteilung, die wir anlässlich des Kriegsendes am 8. Mai geschrieben haben, als Beispiel für das Schreiben eines Berichtes angeführt. Wir möchten uns herzlich bei Herr Krapp für die Möglichkeit bedanken, unser Anliegen an andere Jugendliche weiterzugeben. Wir hoffen, dass viele Lehrer das Thema im Unterricht behandeln.

Nina Eisenhardt, Renningen ●



**Mitgliederversammlung
der Friedenswerkstatt
Erfolgreiche Jugendarbeit**

Schwerpunkt der Arbeit der letzten beiden Jahre, das zeigten die Berichte auf der Mitgliederversammlung, war für die Friedenswerkstatt die Förderung der Jugendarbeit. Möglich geworden war dies durch die Mitarbeit von Julia Kramer und das weiterhin enorme Engagement von Wolfgang Schlupp-Hauck. Den Lesern und Leserinnen des FreiRaum sind ja die beiden Lobbyreisen zur UNO nach New York mit in diesem Jahr über 20 Jugendlichen bekannt. Darauf waren die Jugendlichen in jeweils zwei Seminaren intensiv vorbereitet worden. Nun finden die Kontakte in einem europäischen Jugendnetzwerk zur atomaren Abrüstung ihre Fortsetzung.



Landrat Pavel, Bürgermeister Seyfried und Julia Kramer stellen die Hiroshimabroschüre vor.

Außerdem fanden in den letzten beiden Jahren zusätzlich zum traditionellen internationalen Workcamp noch Jugendbegegnungen zwischen deutschen und weißrussischen Jugendlichen statt. Auch dieses Engagement soll nächstes Jahr durch Julia Kramer weitergeführt werden. Der Spendenaufruf des Vereins ermöglicht inzwischen einen Vertrag mit Julia über einen Minijob. Für eine Teilzeitanstellung suchen wir dringend weitere regelmäßige SpenderInnen.

Neuwahlen

Die Vorstandswahlen ergaben nur geringfügige Veränderungen. Lotte Rodi wurde als Vorsitzende, Volker Nick als Kassenwart bestätigt. Uwe Glund ist nun stellvertretender Vorsitzender. Eine wichtige Aufgabe des Vorstands bleibt außer der aktuellen Bildungsarbeit die Weiterführung des Museumsprojektes. Es soll Anstöße geben, die Erfahrungen des gewaltfreien Widerstands aus der Zeit der Pershing-Atomraketen in Mutlangen für die heutigen Probleme fruchtbar werden zu lassen.

Lotte Rodi ●

Foto: Gründer Tagespost



Die TeilnehmerInnen des Gründungstreffens in Milano.

Foto: Sabrina Apicella

Das Europäische Jugendnetzwerk für atomare Abrüstung

Einige Fakten:

- Beim Gründungstreffen 28.-30. Oktober in Mailand nahmen 21 Personen von 12 Organisationen aus 7 Ländern teil.
- Insgesamt sind bereits 64 Personen aus 19 Ländern von 42 Organisationen vernetzt.
- Name: Titel noch in Diskussion – z.B. BANg (Ban All Nukes generation)
- Kontaktpersonen für Deutschland: Mascha Hake, Email: mascha-leola@web.de (Aktion Völkerrecht) und Julia Kramer, Email: j.kramar@gmx.de (NPT Youth Action/Friedenswerkstatt Mutlangen)



„Zu sehen, dass es überall in Europa junge Leute gibt, die so engagiert für Frieden und nukleare Abrüstung arbeiten, gibt mir Hoffnung dass dies auch Realität werden kann.“

Manuela Avagliano
Italien

Mach mit!

Werde Mitglied der Netzwerk-Yahoo-Group: youth_nd !

Mach mit bei einer der Arbeitsgruppen!

- Öffentlichkeitsarbeit (Erstellen & Übersetzen von Filmen, Flyern, Infos, Wandzeitungen...)
- Webseite (Mit Starter-Kit für Jugendaktivisten, Ideen-Marktplatz, Listen von Jugendreferenten und Events...)
- Events (Planung und Organisation von Netzwerktreffen und Aktionen)
- kreative Aktionen (z.B. Clowns-Armee, Performance, Simulation von Atomunfall...)
- Workshops (Zusammenstellen von Materialien, Organisation einer Tour...)
- Fundraising (Das nötige Kleingeld braucht's halt auch.)
- Peace Blogs (Online-Tagebücher über Peace-Aktivitäten)
Komm zu den geplanten Aktionen!
- Sommer-Netzwerktreffen 2006 in Brüssel (während des Hiroshima-Tages (6.8.), verbunden mit diversen Aktionen)
- Aktionstreffen um den 25.11.2006 in Brüssel (mit Aktionen und alternativem NATO-Gipfeltreffen)
- Zahlreichen Aktivitäten unserer Mitglieder in ganz Europa!
- Unser Ziel: 2009 ein riesiger Sternmarsch von Atomwaffenstandorten zum EUCOM (europäische Kommandozentrale der US-Armee) in Stuttgart – ein Jahr vor der nächsten Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrags! **jk ●**

Aus dem (vorläufigen) Gründungs-Statement:

„Die Zeit für die Abrüstung aller Atomwaffen ist jetzt! Ein atomwaffenfreies Europa ist ein essentieller Schritt hin zu weltweiter Abrüstung der Atomwaffen. Als ein Netzwerk nehmen wir am weltweiten Kampf für nukleare Abrüstung teil.“

Wir wollen:

- junge Leute zusammenbringen und Ideen über Frieden und Abrüstung austauschen
- Menschen über die Gefahr der Atomwaffen und die Dringlichkeit der Abrüstung informieren
- Gewaltfreie Aktion als Mittel für eine friedlichere Welt unterstützen
- Existierende Kampagnen gegen Atomwaffen unterstützen und stärken, indem wir die Teilnahme von internationalen Jugendlichen organisieren
- Aktionen organisieren um den Druck für Abrüstung zu erhöhen.

In unseren Aktionen bekennen wir uns zu vollständiger Gewaltfreiheit.“



TeilnehmerInnen beim signieren ihres Bausteins für den „Schutzwall für das Völkerrecht“ (Foto: Sabrina Apicella)

Uranwaffen und Kurdistan

Der Kölner Filmemacher Frieder Wagner, der einen europäischen Filmpreis für die Dokumentation „Der Arzt und die verstrahlten Kinder von Basra“ erhielt (FreiRaum berichtete) hielt zum Hiroshima Gedenktage in Köln eine Rede, die wir hier gekürzt wiedergeben.

Uranbeschüsse und die Folgen am Beispiel des Irak

Täglich hören wir Horrormeldungen über Tote und Verwundete, besonders aus dem Irak. Experten schätzen, dass, seitdem George Bush am 1. Mai 2003 seinen Sieg über den Irak verkündet hat, es im Irak auf beiden Seiten etwa 30.000 Tote durch Gewalt gegeben hat – hauptsächlich Zivilisten. Was solche Berichte verschweigen und wovon man kaum etwas in den Nachrichten hört, sind aber die Toten, die ich die Toten des „stillen Sterbens“ nenne. Denn was vielen nicht bekannt ist, ist die Tatsache, dass die USA und ihre Alliierten den Irak wieder mit so genannten Uranwaffen angegriffen haben. An deren Folgen sind seitdem Tausende von Menschen gestorben. Wir haben aus dem Irak Boden-, Wasser- und Staubproben sowie Urin- und Gewebeproben von Erkrankten mitgebracht. Diese Proben waren zum Teil so hoch kontaminiert, dass der Wissenschaftler, der diese Proben für uns an der Uni in Frankfurt analysiert hat, sie zum Teil um das 100-fache und sogar 1000-fache verdünnen musste, damit er sie mit seinem hoch empfindlichen Gerät überhaupt messen konnte. Am Mutter-Kind-Krankenhaus in Basra ist die Zahl der Missgeburten seit dem Golfkrieg 1991 um das 20-fache gestiegen und steigt weiter. Frau Dr. Jenan Hassan von der Kinderabteilung hat über acht Jahre jeden Fall dokumentiert. Sie hat uns gerade davon informiert, dass nach der schweren Bombardierung durch die mit Uran verstärkten Bunker brechenden Bomben auf Saddams Paläste in Bagdad im März 2003 jetzt die Leukämieerkrankungen von Kindern in Bagdad extrem zugenommen haben.



Uran auch im Nordirak

Ich möchte noch von einer Problematik erzählen, von der bisher nie in den Medien berichtet worden ist: Ein deutscher Arzt hat mir vor einem Jahr erzählt, dass er in der nordirakischen kurdischen Stadt Arbil einen ungewöhnlichen Anstieg von Leukämie-

fällen bei Kindern und Kleinkindern festgestellt hat und zwar von einer Leukämieart, die sonst nur bei alten Menschen vorkommt. Ich habe ihm dann unseren Irakkfilm über die Folgen der Uranmunition gezeigt und er hat mir gesagt, dass dort in Arbil und Umgebung nie ein Uranbeschuss zum Einsatz gekommen ist. Wir vereinbarten deshalb, dass er von seinem nächsten Besuch in Arbil Bodenproben, Urinproben der erkrankten Kinder, den Staub aus dem Luftfilter seines Autos und Organproben einer geschlachteten Kuh mitbringen sollte. Im Spätherbst letzten Jahres konnte er tatsächlich diese Proben mitbringen.

Er hat sie nach und nach alle von dem Wissenschaftler an der Uni Frankfurt analysieren lassen. Das Ergebnis hat uns alle entsetzt, denn alle Proben hatten hohe Konzentrationen von Uran 238 (DU). Verschiedene Proben, zum Beispiel der Staub aus dem Luftfilter, waren sogar um das 1000-fache höher kontaminiert als unsere höchsten Proben-



werte von den südirakischen Schlachtfeldern von Basra. Wie konnte das sein, wenn doch in dieser Region nie ein Uranbeschuss zum Einsatz gekommen ist? Die Erklärung war relativ einfach und kam von einem Meteorologen:

Es gibt im Irak starke Winde, die oft hohe Geschwindigkeiten erreichen und die von Basra kommend über Bagdad hinweg nach Norden ziehen. Vor dem hohen Gebirge zur Türkei werden sie dann aufgehalten, verlieren ihre Kraft und verwirbeln in der Region über Arbil. Alles was dieser Wind mitbringt, fällt dann nach und nach im weiten Umkreis über Arbil zu Boden, auch die Uranoxidpartikelchen, die der Wind von den staubigen Böden Basras und Bagdads mitgebracht hat. Es trifft also dort im Nordirak Kinder und Erwachsene, die viele hundert Kilometer entfernt von den eigentlichen Kriegsschauplätzen leben.

[Im Jahr 2002 besuchte eine Europäische Delegation den Irak, an der auch Marion Küpfer teilgenommen hat. In der DU Arbeitsgruppe legte ein irakischer Militärangehöriger Karten vor, indem Militäreinsätze mit „angereichertem“ Uran (DU) seitens des US- und britischen Militärs in und um die Ölfelder Mosul und Kirkuk (die benannte nördliche Region) belegt wurden. Dieses DU und auch das Giftgas, welches im Nordirak während des Iran/Irakkrieges eingesetzt wurde, akkumuliert sich in den vermehrten Krankheitsbildern der Region, in der kurdische Menschen wie schon so oft in der Geschichte vom Leid heimgesucht werden.] mk ●

Aktuelles zur Irakstudie

Die GAAA und NEIS (Nuclear Energy Information Service) haben diesen Sommer zur finanziellen Unterstützung einer epidemiologischen Studie im Südirak aufgerufen, die von dem Krebsspezialisten Dr. Jawad Al-Ali geleitet wird. Es ist ein schöner Erfolg, dass ca. 6000 Euro durch US- und europäische Friedensorganisationen und Einzelpersonen zusammengekommen sind und es darüber hinaus die Zusage der ICBUW (International Coalition to Ban Uranium Weapons) gibt, die restlichen Gelder zur Verfügung stellen zu wollen. Es wurde hier eine neue Arbeitsgruppe eingerichtet, die die speziellen Fragen der Durchführung dieser Studie klären soll. Ein Arbeitstreffen sollte es jetzt im November in Bremen mit zwei

verantwortlichen irakischen Ärzten geben.

Dieses Treffen musste kurzfristig abgesagt werden, da die Iraker keine Visa erhalten haben.

Alle Organisationen haben das Interesse, eine Studie in die Wege zu leiten, die nach möglichst hohem internationalem Standard geschehen soll.

Prof. Hoffmann erarbeitete mit irakischen Ärzten (darunter Dr. Al-Ali) in Jordanien in einer Sommerakademie ein Konzept, dessen

Durchführung mehr als 100.000 Euro kosten würde. Irakische Ärzte dagegen orientieren sich an einem niedrigeren Standard, der in der nicht westlichen Welt wissenschaftlich akzeptiert ist.

Sie übernehmen jedoch gerne einen Teil des westlichen Standards, sofern die NGOs dies finanzieren können. Noch in diesem Jahr muss Einigung darüber erzielt werden, welcher Standard möglich ist. Eine genauere Studie würde sicher weitere Wissenschaftler und Regierungen auch in der arabischen Welt überzeugen. Vielleicht werden aus diesen Quellen dann die fehlenden Gelder für eine noch umfassendere Studie kommen können. Wir sind jedenfalls davon überzeugt, dass wir eine wirkliche Ächtung dieser Waffen nur erzwingen können, wenn wir gemeinsam weiter größtmöglichen Druck erzeugen.

Der FreiRaum wird weiterhin berichten, wie dieser Diskussionsprozess und die Studie geführt werden. mk ●



Vanunu wird belästigt!

Vergessen vielleicht in der großen Welt, aber nicht von den israelischen Autoritäten und auch nicht von uns: am 18. November wurde Mordechai Vanunu am al-Ram Checkpoint für zwei Tage verhaftet, als er sich auf dem Weg zu seinem Wohnsitz in Ostjerusalem befand. Seit seiner Freilassung vor 19 Monaten ließ Mordechai keine Gelegenheit aus, Hunderte von Interviews mit den Weltmedien zu führen. Darin gab es nicht die winzigste Kleinigkeit, die in die Nähe eines offiziellen Geheimnisses hätten kommen können (wir können sicher sein, er wäre sonst sofort wieder zurück ins Gefängnis gebracht worden).

Mordechai hat sich noch für 21 „Vergehen“ zu verantworten. Hierbei handelt es sich allerdings um Vergehen, die die israelische Regierung gegen Mordechai's Menschenrecht auf freie Meinungs- und Redefreiheit verübt. Solange aber Organisationen wie der IAEA (Internationale Atomenergieorganisation) und ihrem jetzigen Vorsitzenden EL-Baradei der Friedensnobelpreis u. a. für seine sog. schlichtende Politik im Atomkonflikt Iran zugesprochen wird, zeigt sich, welcher weiten Weg wir noch vor uns haben. EL-Baradei benannte in der gesamten Diskussion nicht einmal die Tatsache, dass nachweislich Israel der einzige Atomwaffenstaat im Nahen- und Mittleren Osten ist und zudem mit an die 400 Atombomben zu den führenden Atommächten zählt.

Bereits der vorherige Chef der IAEA Hans Blix beteuerte 2002 trotz besseren Wissens, dass er nicht wisse, ob der Irak im Besitz von Massenvernichtungswaffen sei. Diese Politik führte zu Krieg, sowie die heutige Politik der IAEA zum Krieg gegen den Iran führen könnte. Wenn einer den Friedensnobelpreis verdient hätte, dann ist es Mordechai Vanunu, der 18 Jahre seines Lebens im Gefängnis verbringen musste, da er den Mut besaß, die atomare Bedrohung durch Israel der Weltöffentlichkeit bekannt zu geben. Hätte die IAEA bereits vor 19 Jahren die atomare Abrüstung Israels konsequent und öffentlich verlangt, wäre es im Nahen- und Mittleren Osten kaum zu einem atomaren Wettrüsten gekommen. **mk ●**

Workshop zu Uranwaffen in Genf

ICBUW (International Coalition to Ban Uranium Weapons) und IPB (International Peace Bureau) organisierten in Genf am 9. November 2005 einen Workshop, um den 6. November zu würdigen, der vor drei Jahren von der UN als: "Internationalen Tag zum Schutz vor Ausbeutung der Umwelt in kriegerischen und bewaffneten Konflikten" ernannt wurde. Kofi Annan sagte am ersten Tag in 2002: "Internationale Konventionen regieren über nukleare, chemische und biologische Waffen, aber auch neue Technologien - wie abgereicherte Uranmunition - stellen eine unbekannte Bedrohung für die Umwelt da". ...

Ziel der Veranstaltung war es, mit Mitarbeitern der Weltgesundheitsorganisation (WGO) und des UN Umwelt Programms (UNEP) und Diplomaten zusammenzukommen, um über Uranwaffen zu informieren. Hierzu waren Wissenschaftler, wie der ehemalige Mitarbeiter der WGO Dr. Keith Baverstock, Prof. Michel Fernex von IPPNW Schweiz, die Molekularbiologin Heike Schröder und Dr. Katsumi Furitsu aus Japan als Referenten geladen (FreiRaum berichtete). Colin Archer stellte darüber hinaus die Arbeit von IPB in Genf vor: Nichtregierungsorganisationen (NRO's) sollen in Genf einen Ansprechpartner haben, der ihnen hilft, sich im UN Bürokratiengewühl zurechtzufinden. Auch wenn niemand von der UNEP erschien, war die Veranstaltung mit 40 TeilnehmerInnen gut besucht. Pekka Haavisto ist nicht länger für die UNEP tätig und der Schweizer Radiologe Mario Burger ist jetzt sein Nachfolger, den die Vertreter von NRO's einschätzen lernen müssen.

In der Diskussion ging es um die Unabhängigkeit der WGO-Mitarbeiter. Dazu stellte der Journalist Robert Parsons fest:

„Jeder, der heute noch in Bezug auf Radioaktivität an die Unabhängigkeit der WGO glaubt, ist ein Idiot, da die Vergangenheit eindeutig deren vertragliche Unterordnung zur IAEA (Internationale Atomenergieorganisation) gezeigt hat“.

Hier gab es keinen Widerspruch, außer der Feststellung, dass WGO Mitarbeiter oft zumindest in anderen Bereichen, die nichts mit Radioaktivität zu tun haben, exzellente Arbeit leisten. Es gehe auch darum, neue WGO Mitarbeiter zu erreichen, die wie Dr. Keith Baverstock, in Zukunft mit uns zusammen arbeiten könnten.



Haruko Moritaki, vom NO DU Hiroshima Project aus Japan übergab 200 000 Unterschriften an den stellvertretenden Generalsekretär der UN Abrüstungskonferenz, Roman-Morey. Unterschriften werden weitergesammelt, bis die Abschaffung der Uranwaffen erreicht ist.

Zum downloaden und unterzeichnen:

www.bandedpleteduranium.org

mk ●

US-Proteste an DU-Produktionsstätte

42 Menschen wurden in Edina, Minnesota, am 24. Oktober 2005, verhaftet. Alliant Techsystem (ATK), ist der Ort, wo in den USA Uranwaffen produziert werden. „Indiscriminate weapons“ werden Waffen genannt, die unterschiedslos töten (unterschiedslos, da sie nicht unterscheiden zwischen Soldaten und Zivilisten).

Sie sind damit nach geltendem Recht illegal. Organisiert wurde diese Aktion durch Alliant Action und Nukewatch. Die gewaltfreien Protestierer drangen auf das Gelände von Alliant ein und feierten mit Parolen „UN Day at ATK“ den Tag der Vereinten Nationen, der genau vor 50 Jahren in die UN Charter eingeführt wurde, um Angriffskriege zu verurteilen. In ihrer Presseerklärung sagten sie, dass die UN-Menschenrechts-Unterkommission bereits zweimal den Gebrauch von DU verurteilt habe und diesen für nicht vereinbar mit existierenden Menschenrechten (in kriegerischen Auseinandersetzungen) halte. Millionen Urangeschosse wurden von Alliant hergestellt und dem Verteidigungsministerium verkauft. Sie sind chemisch und radioaktiv toxisch. Hunderte von Tonnen wurden während der Bombardierungen im Irak, in Afghanistan, in Bosnien und dem Kosovo eingesetzt. **mk ●**

Atomindustrie saht Preise ab

Die Verleihung eines Ethik-Preises an die Urenco Deutschland GmbH stößt vielerorts auf Unverständnis und Empörung, zumal es bei der Preisverleihung scheinbar nicht „mit rechten Dingen“ vor sich ging.

Wie die BUND-Vorsitzende Dr. Angelika Zahrt, sie saß selber in der Jury, mitteilt, wurde die Jury überhaupt nicht darüber informiert, dass auch die Urenco ausgezeichnet werden soll.

Urenco betreibt die bundesweit einzige Urananreicherungsanlage in Gronau /Westfalen und will diese Anlage trotz Protesten ausbauen.

Dort entsteht bereits bei der sog. zivilen Atomnutzung das Abfallprodukt abgereichertes Uran (DU), welches in Waffen Verwendung findet. Während die Urananreicherungsanlage des Irans gerade als Argument in der Diskussion für einen Krieg herhalten soll, obwohl diese laut dem Atomwaffen Nichtverbreitungsvertrag (NPT), zumindest nach internationalen Gesetzen vertraglich legitim ist, gibt es hier dafür einen Ethikpreis.

Bravo, super nachzuvollziehbar!

Ob die Proteste ausreichen, dass der Urenco die Auszeichnung wieder aberkannt wird, erfährt Ihr vom Gronauer Vorstandsmitglied Udo Buchholz unter Tel. 02562-23125. **mk ●**

Bruce Gagnons Leben wurde schon früh vom Militär beeinflusst. Mit einem Stiefvater, der für die amerikanische Armee arbeitete, zog seine Familie weltweit dem Militär hinterher. 1971 trat er dann selbst der Luftwaffe bei. Doch die erste Konfrontation mit Leichen und Verletzten aus Vietnam, einem Kriegsgegner als Zimmermitbewohner und das Auftauchen der Pentagon Papiere veranlasste ihn dazu 1974 die Armee zu verlassen und ein Politik- und Soziologiestudium anzufangen, das aber durch das Treffen mit der Farmerarbeiter Union abrupt zu Ende kam und zu seiner neuen „Karriere“ als Friedensaktivist führte.



Global Network Logo

Vom Soldaten zum Friedensaktivisten

Bruce K. Gagnon - Ein Porträt

Erste Erfahrungen in Organisation

Anfangen von einfachen Flugblattaktionen über Streiks und Mitarbeit bei der Farmerarbeiter Union bis hin zum Fundraising sammelte Bruce Gagnon Ende der 70er Erfahrungen im Organisieren. Eins der wichtigen Dinge die er dabei gelernt hat ist: „Verlass dich nicht auf die Massenmedien, finde eine Alternative, mach deine eigenen Filme und Programme!“ Mit dem Angebot im Jahr 1983 von 25.000\$ eine Florida weite Friedensorganisation aufzubauen, stieg er voll in die Freeze Bewegung für den Stop des atomaren Wettrüstens ein. Damit folgte er dem Rat, den er heutigen Aktivisten gibt: „Gib niemals auf und verpflichte dich zu einem lebenslangen Aktivismus für die zukünftigen Generationen.“ So organisierte er medienwirksame Aktionen z.B. gegen den Tomahawk Marschflugkörper. Sie ließen ein riesengroßes Netz durch Gasluftballons hochsteigen, um den Tomahawk „einzufangen“. Friedensmärsche, Eindringen in das Weltraumzentrum Cape Canaveral und Verhaftungen folgten.

Florida's Verbindung mit Mutlangen

Da die Pershing II Atomraketen in Florida hergestellt wurden, wurde Bruce Gagnon 1987 zu einer Konferenz in Mutlangen eingeladen. Überwältigt war er von der übermächtigen Präsenz von US-amerikanischen Militär, aber auch der Größe der Friedensbewegung. Durch seine Erfahrung im Militär gelang es ihm in Gesprächen einzelnen amerikanischen GI's zu vermitteln, dass die Blockaden nicht gegen sie persönlich gerichtet waren.

Kampf gegen Waffen im Weltraum

In den 80er lenkte Bruce Gagnon dann vermehrt seine Aufmerksamkeit auf die gefährlichen Aktivitäten im Weltraum. Er organisierte gegen die Forschungssatelliten Galileo und Ulysses, die

mit Plutonium ausgestattet waren. Sie konnten nicht verhindert werden, aber die Grundlage für eine Gegenbewegung war dadurch gemacht. 1994 startete er mit anderen die Kampagne gegen die Cassini-Mission, die 32,5 kg Plutonium 238 an Bord hatte, und die weltweit für große Aufregung in den Medien und der Bevölkerung sorgte. Das Global Network Against Weapons and Nuclear Power in Space entsteht. (GN)

Globales Netzwerk gegen Waffen und Atomarenergie im Weltraum

Seit 1998 arbeitete Bruce Gagnon dann Vollzeit für das GN. Er besuchte NASA Veranstaltungen und erfuhr, dass die Cassini Proteste die NASA dazu veranlasst haben, die GN zu überwachen, um ihre Pläne im voraus zu erfahren. Über die nächsten Jahre vermittelte er auf Vortrags-touren die Dringlichkeit gegen die Aufrüstung des Weltraums vorzugehen. Er startete seine eigene Fernsehsendung und machte Filme zum Thema Weltraumwaffen. Wegen eines Telefoninterviews über Weltraumwaffen wurde er schon einige Stunden als Terrorist festgehalten, da er Begriffe wie z.B. Bombe gebraucht hatte. Dieses Jahr war er nun in Kanada unterwegs und konnte den Erfolg mitfeiern, dass sich Kanada nicht an der Raketenabwehr beteiligt hat und sich gegen Waffen im Weltraum ausspricht.

Als Ermutigung erinnert Bruce Gagnon heute daran, dass einfache Mahnwachen, die während seiner Militärzeit durchgeführt wurden, heftige Diskussionen unter den GI's ausgelöst haben und sicher dazu beigetragen haben, dass er Friedensaktivist geworden ist.

Sein Wissen über Organisieren findet sich in seinem englischen Buch „Come together right now“, das über die Pressehütte bezogen werden kann.

Jenny Korz ●



Die Angst des Richters vor dem Volk

Der ehemalige Gmünder Amtsgerichtsdirektor Dr. Werner Offenloch hat schon oft seine Verurteilungspraxis der Mutlangen-Blockierer in die Öffentlichkeit getragen. Nun hat er ein 216 Seiten dickes Buch darüber in einem angesehenen wissenschaftlich-juristischen Verlag (Mohr Siebeck, Tübingen) herausgebracht: „Erinnerung an das Recht. Der Streit um die Nachrüstung auf den Straßen und vor den Gerichten“

Der kreative Richter

Offenloch stand „an vorderster Front“. Es gab für ihn keinen Zweifel, dass der gewaltfreie Widerstand kriminalisiert werden musste. Der Staat wäre sonst nicht mehr handlungsfähig, ohne Schutz gegen Chaos und Anarchie. Im Unterschied zu seinen Kollegen hatte sich Offenloch eine ganz eigene Begründung für die Verurteilungen ausgedacht: Er setzte sich dabei souverän über den Wortlaut des angewandten Gesetzes (§ 240 Strafgesetzbuch: Nötigung) hinweg und verurteilte nach einem Rechts- und Gesetzesverständnis, das ihm plausibler, geradezu zwingend erschien.

Der einsame Richter

Die Obergerichte verwarfen seine Urteilsbegründungen. Kein einziger Kollege griff seine Begründung auf. Aber das ficht ihn nicht an: Er findet in jeder der „anderen“ Urteilsbegründungen Ungereimtheiten, Widersprüche, Ausreden, gelegentlich auch puren Quatsch – vom Landgericht bis zum Verfassungsgericht. Er hat dabei sehr oft völlig recht. Aber ist die Torheit der anderen wirklich ein Beweis dafür, dass ich recht habe?

Die fehlende Einordnung

Wirklich interessant wird das Buch, wenn man darüber nachdenkt, was nicht vorkommt:

- Dass im Grundgesetz der Bürger als Souverän gesehen wird, mündig und verantwortlich. Entsprechend fehlt jede Erwähnung des Brokdorf-Urteils des Verfassungsgerichts.

- Die Ostdeutschen. Sie kommen weder als mögliche Opfer einer atomaren Konfrontation vor, noch als Bürger, die gewaltfrei, solidarisch und selbstbewusst ihren (Unrechts-)Staat überwand. So was müsste doch zu denken geben.

- Wie Offenloch einen Einsatz der Pershings juristisch qualifizieren würde, ob er sich „legale“ oder auch „illegale“ Szenarien je vorgestellt hat, und worin sich die beiden voneinander unterscheiden ...

So bleibt das Buch ein sehr einseitiger Blick zurück und gibt keine Antworten auf aktuelle Fragen. Volker Nick ●

Impressum

FreiRaum.

Für eine Welt ohne
Atom- und Uranwaffen.
Für die friedliche Nutzung
des Weltraums.

Erscheint vierteljährlich

Auflage: 2000

Herausgeber:
Gewaltfreie Aktion
Atomwaffen Abschaffen GAAA
Hausmannstrasse 6
70188 Stuttgart
Tel. 07 11 - 21 55 112
Fax 07 11 - 21 55 214
Internationales
Marion Küpker
Bürozeiten:
Wochentags 10.00 - 13.00 Uhr
Tel. 040 - 430 73 32

Pressehütte Mutlangen
Friedens- und Begegnungsstätte
Mutlangen e.V.
Forststraße 3
73557 Mutlangen
Tel./Fax 0 71 71 - 75 66 1
www.pressehuette.de
post@pressehuette.de

Einzelheft: Euro 2.00 plus Porto

Jahresabonnament:
Euro 8.00 einschließlich Porto

Für Mitglieder der Friedens- und
Begegnungsstätte Mutlangen e.V. und
der Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
ist der Bezug im Mitglieds-
beitrag enthalten.

Bankverbindung:
nur für Abo-Gebühren:
Friedens- und Begegnungsstätte -
FreiRaum
Raiffeisenbank Mutlangen
BLZ 613 619 75, Konto: 55628010
für steuerabzugsfähige Spenden:
Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
Kreissparkasse Ostalb
BLZ 614 500 50, Konto: 800268499
Stichwort: Spende FreiRaum

Redaktion:
Roland Blach (rob)
Tel. 07 11 - 21 55 112
e-Mail: gaaa@paritaet-bw.de
Marion Küpker (mk)
Tel. 040 - 430 73 32
e-Mail: marion@motherearth.org
MarionKuepker@compuserve.com
Julia Kramer (jk)
Tel. 0711/6337776
e-mail: j-kramer@gmx.net
V.i.S.d.P.
Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh),
Tel. 0 71 71 - 18 20 57
e-Mail: redaktion@pressehuette.de

Namentlich gekennzeichnete
Beiträge geben nicht unbedingt
die Meinung der Redaktion wieder.

Layout/Satz: db
Druck: GUS-Druck GmbH
70180 Stuttgart,
Tel. 07 11 - 60 03 45

www.pressehuette.de • www.gaaa.org • www.uranwaffenkonferenz.de • www.uranwaffenfrei.de

Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.
Forststr. 3, 73557 Mutlangen
Postvertriebsstück E 59198 – Deutsche Post AG – Gebühr bezahlt

Termine:

3.-5. Februar

München: (geplant) Protestaktion(en) gegen die
Sicherheitskonferenz in München (Bayerischen Hof),
Infos: Walter Listl, Tel.: 089/423767 oder 0175/6577865,
www.no-nato.de, www.attac-muenchen.de,
www.muenchen-gegen-krieg.de

Kontakt: Friedensbüro - Münchner Friedensbündnis,
Isabellastr. 6, 80798 München, Tel.: 089/2715917,
Fax: 089/2715917,

friedensbuero@muenchner-friedensbuendnis.de,
www.muenchner-friedensbuendnis.de

3.-5. Februar

München: Internat. öffentliche Friedenskonferenz
„Frieden und Gerechtigkeit gestalten _ Nein zum
Krieg“ als Gegenveranstaltung zur „Sicherheits“-
Konferenz in München, Aufruf:

www.friedenskonferenz.info/2006-aufruf.htm,
Kontakt: Koordinationsbüro des Trägerkreises,
c/o DFG-VK Bayern, Schwanthalerstr. 133, 80339
München, Tel.: 089/8342693, Fax: 089/8341518,
muenchen@dfg-vk.de,
www.friedenskonferenz.info

4.-5. April

Berlin: Wissenschaftskongress „20 Jahre nach
Tschernobyl“, in der Charite Berlin, VA: Gesellschaft
für Strahlenschutz, IPPNW

Kontakt: IPPNW, Körtestr. 10, 10967 Berlin, Tel.:
030/698074-0, Fax: 030/6938166,
ippnw@ippnw.de, www.ippnw.de

5.-9. April

Athen (GR): (geplant) 4rd European Social Forum
(4. Europäisches Sozialforum), Infos: www.fse-esf.org/de/index_de.html oder www.dsf-gsf.org

Kontakt: Association pour le Forum social euro-
péen 2003, Adresse Postale: BoEte Postale 6594
- 75065 Paris cedex 02, Fax: +33/1/44 55 38 55,
inforum@fse-esf.org

7.-9. April

Bonn: Kongress „Zeitbombe Atomenergie“ (Arbeits-
titel) Thema: 20 Jahre Tschernobyl und die Folgen,
VA: IPPNW, Naturwissenschaftler Initiative, Netzwerk
Friedenskooperative Kontakt: IPPNW, Körtestr. 10,
10967 Berlin, Tel.: 030/698074-0, Fax: 030/6938166,
ippnw@ippnw.de, www.ippnw.de

26. April

bundesweit: 6. Internationalen Projekttag „20 Jahre
nach Tschernobyl“ der deutschen unesco-projekt-
schulen, Aufruf/Details: www.ups-schulen.de/projekttag6/p6main.htm, VA: unesco-projekt-schulen
Kontakt: unesco-projekt-schulen (ups), Lang-
wartweg 72, 53129 Bonn, Tel.: 0228/2425707,
Fax: 0228/2425708, bundekoordination-ups-bonn@asp.unesco.de, www.ups-schulen.de

23.-28. Juni

Vancouver (CDN): World Peace Forum (darin auch) Jah-
restagung von „Abolition 2000“ in Vancouver (Kanada)
Kontakt: World Peace Forum, 420-550 West 6th Ave.,
Vancouver BC V5Z 1A1, Canada, Tel.: +1/604/687-3223,
Fax: +1/604/687-3277, admin@worldpeaceforum.ca,
www.worldpeaceforum.ca

Die gute Tat

Um die Arbeit der GAAA im kom-
menden Jahr genauso erfolgreich
gewährleisten zu können, benö-
tigen wir dringend Eure Spende.

Bitte beachtet das beiliegende
Weihnachtsmailing und gedenkt
unserer großzügig:

BW-Förderverein für Frieden/Abrüstung
e.V., Volksbank in Stuttgart, Kontonr.
563131004, BLZ 60090100, Stichwort:

„Atomwaffen“

Wir stopfen damit auch die noch
offenen Löcher und wünschen
Euch jetzt schon ein Frohes Fest
und Guten Rutsch ins Neue Jahr!



Brigitte Rapp, Günter Krapp
**Demokratie leben heißt
sich verantwortlich
fühlen und sich einmischen**

Ein Praxisheft:

- Beteiligungsformen und
-möglichkeiten wie Jugendliche
sich aktiv einmischen können
- Zivilcouragebeispiele und
-möglichkeiten

Schülerheft **4.90 €**
Bestell-Nr.: S 967

CD mit Materialien
und Videoszenen **18.- €**
Bestell-Nr.: CD 968

Ergänzend ist ein
Lehrerheft erhältlich!

Krapp & Gutknecht

Verlag GmbH

Schillerring 8 • 88430 Rot a. d. Rot

TEL.: 08395/93034 • FAX: 08395/93035

info@krapp-gutknecht.de • www.krapp-gutknecht.de